Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Berlage, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Streifband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.35 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7039

Nr. 193. **Magdeburg, Mittwoch, den 20. August 1902.** **13. Jahrgang.**

Rheinbaben, der Minister des Reinfalls.

Früher erregte es einiges Aufsehen, daß der noch recht jugendliche Herr von Rheinbaben die Stufen der Bureaukratie in außergewöhnlicher Schnelligkeit hinauffiel. Er war ein gelehriger Schüler des verstorbenen Miquel und dieser sorgte schon dafür, daß sein Schützling immer höher stieg; Miquel ist es auch wohl noch zu verdanken, daß Rheinbaben als sein Nachfolger im Finanzministerium überhaupt in Betracht kommen konnte.

Aber seitdem Herr von Rheinbaben Minister ist, hat er sich fortdauernd durch seine ministeriellen Thaten innerhalb und außerhalb des Parlaments bloßgestellt. Als Polizeiminister erregte er satirische Heiterkeit durch seine krampfhaften Bemühungen, die plutokratischen Aenderungen am preußischen Kommunalwahlrecht als Ausfluß moderner Staatskunst hinzustellen; im Reichstage erlitt er mehr als eine Niederlage, weil er die Akustik dieses von den Sozialdemokraten beherrschten Parlaments mit der reaktionären Luft der preußischen Landratskammer verwechselte. Den schmählichsten Reinfall aber hat er neuerdings durch den Fall Löhning erlitten.

Die gesamte Presse macht sich lustig über den auch von uns gestern wiedergegebenen Rechtfertigungsversuch des Finanzministers in der „Nordd. Allg. Ztg." Mit angenommener Vornehmheit, so spottet die „Frankf. Ztg.", die zur sonstigen offiziösen Redseligkeit und auch zu den in den letzten Wochen unternommenen verzweifelten Rechtfertigungsversuchen inspirierten Federn schlecht paßt, lehnt die Finanzverwaltung es ab, „Beschwerden eines Beamten gegen seine Vorgesetzten" in der Presse zum Austrag zu bringen, weil das den preußischen Verwaltungsgrundsätzen widerspreche. Also endlich etwas von Vornehmheit in dieser ganzen unglückseligen Affaire. Aber niemand wird das Gefühl los, daß diese Vornehmheit nur eine Coulisse ist. Sonst dünkt sich die Regierung durchaus nicht zu vornehm, um auf Beschwerden von Staatsbeamten gegen ihre Vorgesetzten durch die Presse zu antworten, wofern sie überhaupt nur in der Lage ist, eine stichhaltige Antwort zu geben.

Und was die Regierung zugiebt, ist doch Aufklärung genug, denn sie giebt zu, daß alle thatsächlichen Behauptungen des entlassenen Provinzial-Steuerdirektors wahr sind. Wenn irgend etwas in der Darstellung dieses Mannes nicht wahr wäre; wenn es nicht wahr wäre, daß man seine Verlobung und Heirat mit der Tochter eines ehemaligen Feldwebels als Handhabe benutzt hat, um einen Beamten zum Abschiedsgesuch zu zwingen, den man auf andere Weise nicht loswerden konnte; wenn die Gespräche mit dem Ober-Präsidenten, über die er berichtet, falsche sind; wenn es nicht wahr wäre, daß dieser ihm gesagt hat: „Ihre Aeußerungen über die Polenpolitik können Ihnen den Hals nicht brechen" — dann würde die „Finanzverwaltung" das in dieser Erklärung mit Freuden haben einfließen lassen und zum mindesten angedeutet haben, daß die Darstellung Löhnings nicht zutreffend sei. Das thut sie nicht, weil sie es nicht kann. Der thatsächliche Hergang, wie ihn der Provinzial-Steuerdirektor erzählt hat, ist also richtig. Nur wird jetzt von der Finanzverwaltung die Behauptung aufgestellt: entscheidend für Löhnings Entlassung sei seine Haltung in der Polenpolitik gewesen. Das mag ein wichtiger, ja selbst der Hauptgrund gewesen sein; er bleibt aber auch völlig wirkungslos, weil Löhning als Steuerdirektor mit der Polenpolitik nichts zu thun hatte.

Herr von Rheinbaben will damit in der That nur, wie der „Vorwärts" ganz zutreffend bemerkt, verhüten, daß seine noch junge Ministerherrlichkeit begraben werde unter dem Fluche der Lächerlichkeit, dem sie überliefert ist, wenn als Motiv der Entlassung Löhnings der niedrige Kastenklatsch der Honoratioren von Posen zugestanden werden müßte. Der Minister vertritt daher dieses Motiv als nicht „entscheidend" und stellt die Polenpolitik breit in den Vordergrund.

Vielleicht glaubt der Minister so seine Stellung vor den hakatistischen Polenvertilgern des preußischen Landtages zu festigen. Vor dem Forum des Rechts und des Gesetzes erscheint nun das Verfahren gegen Löhning noch weit verwerflicher. Die Maßregelung als Entgelt für die Erhebung der Feldwebeltochter in die Höhen des oberen Beamtentums wäre eine Lächerlichkeit, die Ruhestandversetzung wegen der polenpolitischen Ansichten Löhnings ist maßlosester Terrorismus gegen die Beamtenschaft und offenkundige Gesetzwidrigkeit.

Der „Hamb. Korresp." findet die offiziöse Erklärung „nicht befriedigend". Die „Deutsche Tagesztg." meint kühl: „Wenn die Finanzverwaltung weiter nichts zu sagen hatte, so hätte sie füglich weiter schweigen können." Die „Volks-Zeitung" spottet: „Dieses offiziöse Dokument macht einen einigermaßen heiteren Eindruck. Die rührende Unbeholfenheit seiner Fassung hat etwas unfreiwillig Komisches, dergestalt, daß sich der Wirkung des Lacherfolges der Notiz nicht leicht jemand entziehen kann." Die „Freis. Ztg." schreibt: „Offenkundiger hätte die Regierung ihre Unfähigkeit, die Darstellung Löhnings zu widerlegen, nicht darthun können." Die „Berliner Ztg." weiß aus bester Quelle, „daß Herr Geheimrat Löhning, der, wie gesagt, in seiner Eigenschaft als Provinzial-Steuerdirektor mit der Polenpolitik der Regierung amtlich nicht das geringste zu thun hatte, sich nichts weiter hat „zu Schulden kommen lassen", als daß er im Kreise von Freunden und Bekannten, bei privatem Gedankenaustausch mit Männern seines geselligen Verkehrs hinsichtlich des Wreschener Vorfalles und des Thorner Gymnasiasten-Prozesses gesagt hat: „So kommen wir nicht weiter!"

Herr von Rheinbaben hat sich durch seine späte und vornehm sein sollende „Rechtfertigung" den schlechtesten Dienst erwiesen. Wenn die Lächerlichkeit tötete, so wäre Herr Rheinbaben längst Minister a. D. So aber wird es noch einige Zeit dauern. Lange jedoch hoffentlich nicht mehr! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 19. August 1902.

Professorenstolz vor Prinzen.

Man schreibt der Mannheimer „Volksstimme":

Ich habe Ihnen eine ganz interessante Geschichte mitzuteilen, die sich im Hörsaal seiner Excellenz des Professors der Philosophie an der Universität Heidelberg, Kuno Fischer, kurz vor Schluß des letzten Semesters zugetragen hat.

Einer der Besucher von Kuno Fischers Vorlesungen war der Sohn des Herzogs von Cumberland. Dieser junge Herr hatte seinen festen Platz in der ersten Bank gleich bei der Thüre und Kuno Fischer versäumte es nie, diesem Welfensprossen stets eine separate und allein für seine hohe Persönlichkeit geltende Verbeugung zu machen. . . . .

Am 30. Juli hielt Kuno Fischer eine seiner letzten Vorlesungen. Die Zuhörer hatten sich schon vor dem Katheder versammelt, nur die welfische Durchlaucht war noch nicht erschienen. Da öffnete sich die Thüre und herein trat in Begleitung eines jungen Mannes ein alter Herr, der offenbar sehr kurzsichtig war und an den Gebrechen des Alters litt. Er setzte sich auf den in seiner nächsten Nähe befindlichen Platz, dem bisher der Prinz durch seine Berührung eine gewisse, für andere Sterbliche unnahbare Weihe erteilt hatte. Kurze Zeit darauf trat der durchlauchtigste Zuhörer selbst ein, natürlich fast fassungslos darüber, den Platz besetzt zu finden. Es scheint jedoch, daß die Achtung vor dem Alter des fremden Herrn mit dem weißen Lockenhaupt ihn bewegte, ohne weitere Remonstrationen sich einen anderen Platz zu suchen.

Die Thüre öffnete sich wieder. Diesmal war es Excellenz Fischer selber. Gewohnheitsmäßig brachte er in der Richtung nach dem üblichen Platz des Prinzen seine specielle Huldigung an das Haus Braunschweig dar, war aber höchst unangenehm berührt, als er sah, daß er anstatt des Prinzen eine landfremde Persönlichkeit, die er bisher nie in seinen Kollegien entdeckt, ehrerbietigst begrüßt hatte. In sichtlich schlechter Stimmung bestieg er den Stuhl der Weisheit und begann seinen Vortrag. Der unbekannte Herr zog aber während der Vorlesung die Aufmerksamkeit Fischers immer mehr auf sich, wahrscheinlich durch die nervösen Zwangsbewegungen, die der alte fremde Herr bisweilen mit seinem Kopfe machte. Solche Störung war der schon gereizten Excellenz zuviel. Mit dem ihm so leicht zur Verfügung stehenden schauspielerischen Pathos rief der Professor — seinen Vortrag unterbrechend:

„Wer ist der Mann? Ich kenn ihn nicht. Ist er krank oder schläft er?"

Diese Unterbrechung verursachte natürlich nicht geringes Aufsehen; aber es sollte noch besser kommen.

Nach Schluß des Kollegs rief der aufgebrachte Philosoph dem Pedell, und zwar so laut, daß es außer den Studenten auch der fremde Gast hören konnte, zu, er solle dafür sorgen, daß diesem Unbekannten der Zutritt zu einer weiteren Vorlesung unmöglich gemacht würde.

Einige Studenten nahmen sich nun des alten Herrn an und interessierten sich für seine Person. Da stellte sich heraus, daß der von Kuno Fischer so unsanft angefahrene Herr — — — der Professor der Astronomie an der Pariser Universität, Jules Opert, Offizier der Ehrenlegion, war, der sich auf einer Reise den Genuß einer Vorlesung bei dem berühmten Heidelberger Gelehrten nicht entgehen lassen wollte." —

Vom klerikalen Kriegsschauplatz in Frankreich.

In der Bretagne ist die Lage noch wenig geändert. Aufgeregte Bauernmassen, welche „im Namen der Freiheit" ihre Schulen und Schwestern verteidigen, Einrücken von Truppen; Schwestern, die, der Gewalt weichend, in langer Prozession nach der Kirche ziehen, Anheften der Siegel, die dann, wenn die Gendarmerie oder die Truppen abgezogen sind, wieder abgerissen werden, Wiedereinzug der Schwestern, so daß nun das Spiel von neuem beginnen kann.

Eine große Anzahl von Bürgermeistern ist ihres Amtes enthoben worden, teils weil sie die Maßnahmen der Regierung kritisiert, teils weil sie ihre Mitwirkung bei der Ausführung der Gesetze verweigert haben.

In den Provinzen werden, um den Schülern der geschlossenen Kongregationsschulen Platz zu machen, zahlreiche öffentliche Schulen eingerichtet. So hat man im Orne-Departement allein 18, in dem Departement der hohen Pyrenäen 17, in Toulon 4 neue Laienschulen eingerichtet.

An die Staatsanwaltschaften ist eine Verfügung des Ministeriums erlassen, mit großer Strenge gegen alle diejenigen Personen vorzugehen, welche Siegel von den Schulen beseitigen.

Aus Marseille wird berichtet, der Generalrat der Rhonemündung hat in einer außerordentlichen Sitzung folgende Beschlüsse angenommen: er fordert die Aufhebung der Gesandtschaft beim Papst, die Abschaffung des Kultusbudgets und vollständige Beseitigung aller Kongregationen. Ferner wird verlangt die Trennung der Kirche vom Staat, die Konfiskation der Güter der „Toten Hand" durch den Staat. Der Generalrat drückt dem Ministerium sein Vertrauen aus und fordert es auf, dem Gesetz in allen Provinzen, wo dies noch nicht geschehen, Achtung zu verschaffen. —

Deutschland.

Berlin, 19. August. Nach einer der „Schles. Ztg." zugegangenen Andeutung soll die Gefahr nicht ausgeschlossen sein, daß selbst in reindeutschen Gebieten Mittelschlesiens die Polen nach Landerwerb streben. — Schrecklich! —

— **Neue Ausführungsbestimmungen zum preußischen Wahlgesetz** stellt das Schweinburgblatt, die „Berliner Pol. Nachr." in Aussicht: „Man darf vertrauen, daß die Staatsregierung, nachdem der sozialdemokratische Obstruktionsfeldzug offen angekündigt worden ist, die nötigen Maßnahmen, insbesondere auch durch Aenderung der Ausführungsbestimmungen, für die Wahlen treffen wird, um Obstruktions-Bestrebungen schon von vornherein die Aussicht auf Erfolg abzuschneiden." — Durch die Aenderung des Wahlreglements wird an der Unmöglichkeit der preußischen Landtagswahlen nichts wesentliches geändert. —

Zum Entrüstungs-Telegramm.

Die „Augsburger Abendzeitung" schreibt: Es steht nunmehr fest, daß die **Veröffentlichung des Depeschenwechsels** zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten ausschließlich **auf Befehl des Kaisers** erfolgt ist, nachdem dieselbe von bayerischer Seite, wo man **das Peinliche des Vorganges** von Anfang an sehr lebhaft empfand, **abgelehnt** worden war. Am Hoflager des Prinzen machte die Veröffentlichung eine Wirkung, für welche die Bezeichnung **„Ueberraschung"** auch nicht annähernd ersetzend ist. Ergänzend erfährt dazu ein Blatt aus München, daß der Reichskanzler Graf Bülow den Prinzregenten, der die Depesche zunächst als privat behandelte, um die Veröffentlichung ersucht habe. —

Hamburg, 18. August. Am gestrigen Tage waren es zehn Jahre her, seit in Hamburg der erste Fall von Cholera vorkam. Erst am 22. August — also fünf Tage später — veröffentlichten die Behörden die traurige Thatsache, daß die verheerende Seuche in Hamburg herrsche, als schon eine ganze Reihe von Männern, Weibern und Kindern aus allen Klassen der Bevölkerung der Krankheit zum Opfer gefallen war.

Eine „Sozialreform" zu Gunsten der Hausbesitzer durch das „berühmte" Sanierungswerk, das war leider die einzige Lehre, welche der „hohe Senat" der „freien" Stadt Hamburg aus den erschütternden Ereignissen des Cholerajahres gezogen hat. —

Köln a. Rh., 12. August. Aus Lüdenscheid kommende Meldungen versichern, daß trotz aller Vorsichtsmaßregeln der Behörden die Typhus-Epidemie weiter zunimmt. Durchschnittlich gelangen fünfzehn Erkrankungen pro Tag zur polizeilichen Anmeldung. Zur Unterbringung der Kranken wurden, da die Krankenhäuser überfüllt sind, Baracken errichtet. Die Seuche ist bereits über das Stadtgebiet hinausgedrungen. Aus den Vororten werden gleichfalls Typhuskranke hierher eingeliefert. —

Mülhausen, 17. August. Obgleich kein Gegenkandidat aufgestellt war und die klerikale Partei sowohl wie die liberale Presse Wahlenthaltung proklamiert hatten, stimmten bei der gestrigen Ersatzwahl zum Gemeindekollegium von 15 110 eingeschriebenen Wählern 5 500 ab, die Wahlbeteiligung beträgt somit 36,5 Prozent. Die sozialistisch-demokratische Liste ist unter diesen Umständen natürlich glatt gewählt, sodaß der Gemeinderat der Stadt Mülhausen jetzt aus 18 Sozialdemokraten und 18 Demokraten sich zusammensetzt. — Bravo! —

Italien.

Der Prozeß Todeschini-Trivulzio

wird demnächst eine zweite Auflage erleben. Der sozialistische Deputierte Todeschini hatte bekanntlich in seinem Blatte den Verdacht ausgesprochen, der Lieutenant Trivulzio habe seine Geliebte, nachdem ein von ihm und einem Arzte vorgenommener Eingriff zum Zwecke der Herbeiführung eines Abortus nicht gelungen sei, ermordet. Der Körper des toten Mädchens wurde in einem Sack eingenäht in der Etsch gefunden. Der Gerichtshof von Verona verurteilte Todeschini wegen Beleidigung. Das von ihm angerufene Appellationsgericht von Venedig entschied jedoch dahin, daß Todeschini wohl nicht den Wahrheitsbeweis betr. des Mordes erbracht habe, dagegen sei es ihm gelungen, den Nachweis zu führen, daß Trivoulzio das erstere Verbrechen begangen habe. Wie es heißt, will nunmehr Trivulzio einen neuen Prozeß anstrengen, in dem er sich als Beschuldigter stellt. —

England.

Die Ankunft der Burengenerale

gab in London Anlaß zu einer großartigen Kundgebung auf dem Bahnhof. Eine gewaltige Menschenmenge begrüßte sie aufs herzlichste. De Wet war durch die begeisterte Menge ernstlich bedrängt und mußte von der Polizei befreit werden. Diese bahnte ihm mit Aufgebot einer starken Macht den Weg von dem Salonwagen. Die Generale erwiederten die Kundgebung durch Abnehmen des Hutes, lehnten es aber ab, zu sprechen. Schließlich waren die Generale gezwungen, hinter dem Zuge den Bahnhof zu verlassen, aber die Menge folgte ihnen und begleitete den Wagen, der sie zu ihrem Hotel brachte.

Bei ihrer Ankunft in Southampton wurden die Burengeneräle von Lord Roberts und Lord Kitchener empfangen und zur Yacht geleitet, die sie zur königlichen Yacht in Cowes brachte, wo Eduard der Dicke sie empfing. Wie der Burenkommandant Feneren einem Redakteur des Bureau Laffan mitgeteilt hat, zeigte der König nichts von „jener Herzlichkeit" mit welcher das englische Volk die Buren empfangen hatte. Da die Burengeneräle nach ihrem Empfange bei Eduard 7. die Beteiligung an der Flottendemonstration in Southampton aufgaben, scheint die korpulente englische Majestät keine Zeichen von Taktgefühl an den Tag gelegt zu haben.

Zweck des Besuches der Buren-Generale in England ist ausgesprochenermaßen die Sammlung von Unterstützungsgeldern für die burischen Kampfgenossen. Während des Sonntags allein erhielten die Generale bereits Checks über Beträge von insgesamt mehr als 10 000 Mark. —

Rußland.

Der Zar und die Studenten.

Nach Privatmeldungen aus Petersburg fand **der Zar** am letzten Freitag auf seinem Schreibtische einen **Brief vom revolutionären Centralkomitee,** enthaltend die Warnung, daß, falls er dem bureaukratischen Moloch noch weitere Hekatomben unschuldiger Opfer in den Hals werfe, die Rache des Volkes die Waffe direkt gegen ihn richten werde. Dem schnell herbeigerufenen Minister des Innern v. Plewe habe der Zar gefragt: **Wozu habe ich einen Minister des Innern und warum gebe ich jährlich 100 Millionen Rubel für die Geheimpolizei aus, wenn mich ein paar junge Leute zum Narren halten können.** Es wird am besten sein, die Regierung den Studenten zu übertragen, die sich in der Rolle revolutionärer Komitees gefallen. Zur Sicherheit des Zaren seien die umfassendsten Maßregeln getroffen worden. —

Kleines Feuilleton.

= **Professor Leopold Schenk †.** Professor Leopold Schenk, dessen Werk über die Geschlechtsbestimmung beim Menschen seiner Zeit in der ganzen civilisierten Welt Sensation erregte, ist gestern in Schwanberg in Steiermark gestorben. Professor Schenk war Ungar von Geburt und hat ein Alter von 62 Jahren erreicht. Als Professor der Embryologie an der medizinischen Fakultät veröffentlichte er zahlreiche in das Gebiet der Anatomie, Physiologie und Bakteriologie einschlagende Abhandlungen und größere Werke; auch trat er wiederholt als populärer Schriftsteller hervor. Bemerkenswert war es, welch starke Bewegung für und gegen die ersten Mitteilungen über Schenks Entdeckung in der ganzen Welt, namentlich in Oesterreich und Deutschland entstand. Die bedeutendsten Vertreter der medicinischen Wissenschaft äußerten sich über Schenks Entdeckung, so die Professoren Virchow, Gusserow, Munk, Born, Pflüger, Roux, von Winckel u. a., von denen einige schon selbst Versuche zur Lösung der Frage beigesteuert haben. Die meisten dieser Gelehrten äußerten sich sehr mißtrauisch über die Möglichkeit einer willkürlichen Bestimmung des Geschlechtes, wie ja das Fehlschlagen aller bisherigen Versuche beweist. Andere hielten die Theorie für möglich. Namentlich wurde betont, daß bei der wissenschaftlichen Stellung, die Professor Schenk einnähme, nicht anzunehmen sei, daß er leichtsinnigerweise durch seine Mitteilungen die Welt in Aufregung versetze, denn dieser Forscher sei ein Mann, von dem man ein ruhiges Urteil erwarten könne. Thatsächlich hatte sich Professor Schenk in seinem der Entwicklungsgeschichte gewidmeten Universitätsinstitut schon seit vielen Jahren mit einschlägigen Forschungen beschäftigt. Uebrigens beschäftigen sich seit den ältesten Zeiten die Landwirte mit dem Problem, das Geschlecht der von ihnen gezüchteten Tierrassen künstlich zu bestimmen, und die von verschiedenen Tierzüchtern gemachten Erfahrungen bieten geschätztes Material für die Behandlung dieser Frage. Nach den bisherigen Erfahrungen sollen äußere Einwirkungen wie Klima, Wasser, sowie insbesondere Nahrung und Lebensweise die Bildung des Geschlechts beeinflussen können. Professor Schenk erklärte die von ihm in Anwendung gebrachte Methode als auf dem Stoffwechsel beruhend. Auf dem Berliner Zoologenkongreß verteidigte Professor Schenk noch einmal seine Theorie, dann aber wurde es still von ihr, es stellte sich doch heraus, daß die Angelegenheit heute noch nicht sprachreif sei. Die wissenschaftlichen Kreise verurteilten die neue Theorie, schließlich nötigte der Wiener akademische Senat den Gelehrten bald nach Erscheinen seines Buches, seinen Abschied zu nehmen und in Pension zu gehen. —

= **Gerhart Hauptmanns Festspielhaus.** Zu dem Plane eines Festspielhauses im Riesengebirge bei Schreiberhau, über den verschiedene widersprechende Gerüchte auftauchten, nimmt Gerhart Hauptmann nun selber das Wort. An die Redaktion des Hannoverschen „Couriers", die ihn um Aufklärung in dieser Angelegenheit ersucht hat, richtete er folgende Zeilen:

„Wiesenstein, Agnetendorf i. R., 11. August 1902.

Seit längerer Zeit trage ich mich mit dem Gedanken, in Schreiberhau oder Agnetendorf ein Festspielhaus zu errichten. Wann ich indessen ernstlich daran gehen werde, den Plan zu verwirklichen, weiß ich zur Stunde noch nicht; denn was von ihm jetzt bekannt geworden ist, stammt nur aus einer gesprächsweisen Erwähnung der Angelegenheit, die ungenau aufgefaßt und gegen meine Absicht in die Oeffentlichkeit getragen worden ist.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Gerhart Hauptmann."

Aus der Parteibewegung.

Sonderbarer Strafantrag. In Lichtenstein-Callnberg sprach vor einigen Tage Genosse Rühle aus Chemnitz, ein früherer Volksschullehrer, in einer Volksversammlung über „Darwin und Moses" und machte hierbei der Lehrerschaft den Vorwurf, daß sie oft genug selbst nicht glaube, was sie in religiöser Beziehung lehre. Hierauf ist im Namen der Lehrerschaft Strafantrag gestellt worden. —

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Lohndifferenzen und Aussperrungen.

Maurer und Bauarbeiter. In Barmen war die Zahl der streikenden Maurer am Freitag auf 428 gestiegen. 50 Maurer arbeiten zu den neuen Bedingungen. Die Innung will nach der in Unternehmerkreisen jetzt beliebten Methode nicht mit der Streikkommission, sondern nur mit dem Gesellenausschuß unterhandeln, und zwar erst dann, wenn vorher die Arbeit wieder aufgenommen; darauf lassen sich die Streikenden natürlich nicht ein. — In Köln hatten bis Freitag abend 58 Unternehmer, mehr als die Hälfte der größeren Betriebe, die Forderungen der Maurer bewilligt. Da verschiedene Unternehmer zwar die Forderungen der Maurer, nicht aber die der ebenfalls streikenden Hilfsarbeiter bewilligt haben, so ließen die Maurer auch auf diesen Bauten die Arbeit ruhen, weil sie nicht mit streikbrechenden Hilfsarbeitern zusammenarbeiten wollten. Eine durch das „Wolffsche Telegraphen-Bureau" verbreitete Nachricht besagt, daß eine am Sonntag abgehaltene Maurer-Versammlung das vorstehend geschilderte Verhalten der Maurer nicht nur billigte, sondern ausdrücklich beschloß, die Maurer haben, auch wenn ihre eigenen Forderungen bewilligt sind, überall die Arbeit niederzulegen, wo die Forderungen der Hilfsarbeiter nicht anerkannt werden. Eine gleichfalls am Sonntag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Kölner Baugewerks-Innung hat beschlossen, über einen Stundenlohn von 46 Pf. für Maurer und 36 Pf. für Hilfsarbeiter nicht hinauszugehen. Die Forderungen sind 48 bez. 38 Pf. —

Bauklempner. In Berlin wurde am Sonntag beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. —

Brillen-, Pincenez- und Goldarbeiter. In Rathenow zieht der Streik der Brillen- und Pincenezarbeiter bei Nitsche u. Günther immer weitere Kreise. Um den Forderungen ihrer streikenden Kollegen erhöhten Nachdruck zu verschaffen, beschlossen die dort beschäftigten Goldarbeiter in einer Versammlung, welche am Donnerstag stattfand, gleichfalls die Arbeit einzustellen. Die schriftliche Kündigung, welche der Firma überreicht werden soll, wurde von 87 Arbeitern unterzeichnet. Nur ein ganz kleiner Teil der Goldarbeiter wird weiterarbeiten. —

Die Organisation der Straßenbahnangestellten in Berlin machte trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten erfreuliche Fortschritte. Im vergangenen Quartal waren über 200 Neuaufnahmen zu verzeichnen. —

Droschkenkutscher. In Hamburg sympathisieren auch bürgerliche Kreise mit den Fuhrwerksbesitzern und Droschkenkutschern. Der „Hamb. Korresp." erklärt zu der bereits mitgeteilten Absicht der Polizei, dem Streik durch Konzessionsentziehung entgegenzutreten, daß der Polizei ein solches Recht nicht zustehe, da kein Droschkenkutscher verpflichtet ist, zu fahren. Die Altonaer Droschkenbesitzer sind von Hamburg aus förmlich bestürmt worden, Fuhren anzunehmen, sie lehnten derartige Gesuche aber rundweg ab, um den Streik ihrer Hamburger Kollegen nicht zu beeinträchtigen. Die Polizei geht auch bei diesem Streik mit bekannter Schneidigkeit gegen die Streikposten vor, die an den Bahnhöfen sowohl von Kutschern wie von Besitzern gestellt werden. Sieben Verhaftungen von Streikposten sind bereits erfolgt. Die Fuhrwerksbesitzer und Droschkenkutscher haben bereits eine Konferenz mit dem Senat gehabt, die aber ohne Erfolg war. —

Böttcher. In Dresden wurde kürzlich in der Faßfabrik Jakob (Inhaber Herr Tauber) gestreikt. Interessant ist, daß zwei Böttcher, welche damals „Arbeitswillige" gewesen sind, jetzt in der „Deutschen Böttcher-Zeitung" erklären, sie seien damals außerordentlich ausgebeutet worden und bedauerten, durch ihre eigenartige Handlungsweise das Vertrauen ihrer Kollegen eingebüßt zu haben. Da nämlich Herr Tauber seine Fabrik geschlossen hat, hoffen die seltsamen Arbeitswilligen, ihre Kollegen würden ihnen für diese „Abbitte" bei der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit behilflich sein. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. August 1902.

— **Eine unliebsame Störung** verursachte in der gestrigen Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Sudenburg der überwachende Polizeikommissar. Der betreffende Herr betrat erst den Saal, als der Referent bereits mitten in seinem Referat war und die Versammlung mit großer Aufmerksamkeit den Darlegungen folgte. Die aufmerksame Stille wurde jedoch geräuschvoll dadurch unterbrochen, daß der Kommissar mit energischen Schritten mitten durch den Saal ging, ohne im geringsten den Schall seiner Schritte auf dem harten Parkettfußboden zu dämpfen. Beim Vorstandstisch angelangt, ließ sich der Herr Kommissar die Anmeldebescheinigung zeigen, machte darauf Kehrt und ging in derselben militärisch-strammen Weise wieder durch den Mittelgang des Saales hinaus. Die Versammlung sprach später ihre Entrüstung über dieses eigenartige Verhalten des Herrn aus. Möge er in Zukunft doch bei der Eröffnung der Versammlung anwesend sein oder sich bei eröffneter Versammlung mit mehr Rücksicht benehmen. Eine derartige Störung einer Versammlung nur zu dem Zwecke, um die Bescheinigung einzusehen — obwohl der Kommissar doch ganz genau weiß, daß die Versammlung ordnungsgemäß angemeldet ist — entspricht jedenfalls auch keineswegs der vorgesetzten Behörde des Kommissars. —

— **Schutzmann Nummer 181.** Als sich zwei Genossen, welche der Verhandlung gegen den Genossen Grieß vor dem Schöffengericht als Zuhörer beigewohnt hatten, beim Verlassen des Zuhörerraums auf den Flur begaben, widerfuhr einem derselben etwas nicht Alltägliches. Obengenannter Schutzmann drängte sich an unseren Genossen heran und erklärte demselben: „Sie wollten ja wohl meine Nummer wissen? Ich habe die Nummer 181! Sehen Sie sich nur genau an!"

Unser sich in Unterhaltung mit mehreren Personen befindlicher Genosse war ob solcher Belästigung sehr erstaunt und verbat sich derartige Anrede. War solches Benehmen eines Unterbeamten schon wenig verständlich, so muß aber entschieden Protest gegen das Verhalten eines ebenfalls anwesenden Polizeiwachtmeisters eingelegt werden, welcher es für gut fand, das Beispiel seines Untergebenen in einer solchen Weise nachzuahmen, daß unser auf diese Weise bedrängte Genosse sich genötigt sah, sich jede Belästigung auch von dieser Seite ganz entschieden zu verbitten. Wenn Beamte solche Handlungen begehen, so liegt leider die Gefahr vor, daß ein weniger erfahrener Staatsbürger als unser Genosse sich zu Beleidigungen hinreißen läßt.

Wenn ein Beamter auf Verlangen seine Nummer nennt, so ist das seine Pflicht. Unaufgefordert aber und noch dazu in der oben angedeuteten Weise gehört das Nennen der Nummer jedenfalls nicht zu den Aufgaben der Beamten. Der Schutzmann „181" mach sich ob seiner hohen Nummer freuen, bei uns hat er keine andere „Nummer" als jeder andere Beamte. —

— **Der Vorstand der Zuckerfabriken und Raffinerien für Kolonialwaren-Händler** teilt uns mit, daß nunmehr das Projekt: Zuckerfabriken und Raffinerien für Rechnung einer Genossenschaft von Kolonialwaren-Händlern zu betreiben, so weit gediehen ist, daß beim königlichen Amtsgericht in Magdeburg die Eintragung ins Genossenschafsregister erfolgt ist. Ueber die Einzelheiten dieses gegen die Profitgier der in der Zuckerindustrie maßgebenden Kreise gerichteten Unternehmens haben wir unsere Leser schon orientiert. Der Vorstand bemerkt in seiner Zuschrift treffend:

„Durch Verarbeitung der Rüben direkt auf Raffinade und dadurch, daß der fertig werdende Zucker schon im Voraus an die Genossen verkauft ist, werden größere Ersparnisse an Unkosten gemacht. Wenn ferner in Betracht gezogen wird, daß der Gewinn, den sonst die Rohzuckerfabriken, Raffinerien und Zwischenhändler erzielen, und daß deren teurer Verwaltungsapparat doch mit verdient werden muß, den Genossen zufällt, so wird es wohl jedem einleuchten, daß die Genossenschaftsfabriken stets in der Lage sein werden, den Zucker bedeutend billiger zu liefern, als wie solcher von anderen Bezugsquellen zu haben ist."

Wenn auch natürlich die Kolonialwarenhändler nur im Geschäftsinteresse die neue Genossenschaft begründet haben, so verdient diese doch auch Förderung seitens der Arbeiterklasse. Den auf die Verteuerung des Zuckers, also eines wichtigen Nahrungsmittels, gerichteten Bestrebungen der Zuckerindustriellen muß energisch entgegengetreten werden.

— **Selbst gestellt** haben sich die bei der Firma Schäffer & Budenberg beschäftigt gewesenen B. und H. der Gerichtsbehörde auf dem Thränsberg. Sie sind sogleich in Untersuchungshaft genommen worden. Die beiden früheren Angestellten jener Firma haben sich an den im Laufe der letzten Jahre in der Fabrik vorgekommenen umfangreichen Unterschlagungen beteiligt; sie werden deshalb seit mehreren Tagen in Magdeburg und Umgegend polizeilicherseits gesucht. —

— **Chronik der Unfälle.** Der Armenhausinsasse Louis Theil ist in dieser Nacht in der Fürstenuferstraße vom Fürstenwall auf einen Laternenpfahl und von da auf das Trottoir gefallen. Er erlitt Wunden an der Stirn; der rechte Arm ist ausgerenkt; auch trat eine Hüftquetschung ein. — Der Schneidermeister Friedrich Baumann, Bahnhofstraße 25 wohnhaft, ist heute gegen Mittag in der Fürstenuferstraße mit dem Rade hingefallen und erlitt Verletzungen an Kopf und linker Schulter. Die beiden Verunglückten wurden in die Krankenanstalt Sudenburg überführt. —

— **Folgen eines Sturzes.** Am Sonnabend abend stürzte der Kutscher Sengespalt, bei der Magdeburger Holzwarenfabrik in Arbeit, beim Einfahren in einen Thorweg der Schmidtstraße von seinem Wagen. S. wurde zunächst nach seiner Wohnung gebracht, sein Zustand hat sich derart verschlimmert, daß der Verletzte dem Krankenhause überwiesen werden mußte. Dort wurde leider doppelte Gehirnentzündung und allgemeine Lähmung konstatiert. —

— **Versuchter Doppelselbstmord.** Am Sonntag nachmittag machten der Sergeant Röder von der 9. Kompanie des 77. Regiments, welcher zur Zeit bei der hiesigen Arbeiter-Abteilung Dienst thut und dessen Braut in einem Gasthof in der Lübeckerstraße einen Selbstmordversuch, indem sich beide die Pulsadern durchschnitten. R. wurde dem Garnisonlazarett zugeführt, während die Braut dem Neustädter Krankenhause überwiesen wurde. Man hofft die Verletzten am Leben zu erhalten. Das Motiv zu der unseligen That ist noch nicht bekannt. —

— **Weil ihm seine Braut untreu geworden sein soll,** schoß sich in selbstmörderischer Absicht am Dienstag vormittag der 20jährige Gärtner Franz Böttcher beim Gärtnereibesitzer Wolter, Kl. Diesdorferstraße, in Arbeit, eine Ladung Schrot in die rechte Schläfe. Der Schwerverletzte wurde per Wagen nach dem städtischen Kranken-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 193. Magdeburg, Mittwoch, den 20. August 1902. 13. Jahrgang.

Bericht des Partei-Vorstandes

an den

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1902 zu München.

(Fortsetzung.)

Ueber die parlamentarische Thätigkeit unserer Vertreter im Reichstage finden die Genossen eine zusammenhängende Schilderung in dem Jahresbericht der Reichstagsfraktion. Aehnliche, mehr oder weniger umfängliche Berichte, haben auch die Fraktionen der einzelnen Landesvertretungen veröffentlicht. Als eine charakteristische Erscheinung darf es wohl bezeichnet werden, daß in den Landtagen der drei Mittelstaaten Bayern, Baden und Hessen, angeregt durch unsere Genossen, die Reform und Erweiterung des Landtagswahlrechts auf die Tagesordnung gestellt worden und in eingehendster Weise darüber verhandelt worden ist. Positive Erfolge sind zwar in keinem der drei Landtage erzielt worden, da die Regierungen und die herrschenden Parteien mit allen versteckten Mitteln sich gegen eine Erweiterung des Wahlrechtes zu Gunsten der Arbeiter spreizen. Aber die Frage steht einmal auf der Tagesordnung der betreffenden Landtage, und im Volke sind für dieselbe so tiefgehende Sympathien vorhanden, daß offen als Gegner dieser Reform sich zu bekennen, keine bürgerliche Partei mehr den Mut findet. Die Wahlreform kann zwar verzögert, aber sie kann nicht mehr verhindert werden. Dafür bürgt uns die Stimmung der breiten Massen in Süddeutschland und das Geschick und die Energie, mit der unsere Genossen in und außerhalb der Parlamente die Interessen derselben wahrzunehmen wissen. Die Erfolge aber, die unsere Genossen in Süddeutschland erringen, sie bleiben nicht ohne Rückwirkung im übrigen Deutschland. Die sächsischen Reaktionäre werden ihres Sieges beim Wahlrechtsraub so wie so nicht froh. Ist es auch gelungen, den letzten Vertreter der Sozialdemokratie, der stärksten Partei Sachsens, aus dem Landtag hinaus zu drängeln, unsere Partei nimmt dafür Revanche bei den Reichstagswahlen. Die Konservativen besetzen die frei gewordenen Plätze der Sozialdemokraten im Landtag, die Liberalen aber, die so redlich bei der Wahlentrechtung der Arbeiter mitgeholfen haben, sie sehen sich um den erhofften Lohn für ihre reaktionäre Handreichung schmählich hintergangen. Im Reichstag von den Sozialdemokraten, im Landtag von ihren konservativen Freunden verdrängt, bleibt den sächsischen Liberalen nichts wie Spott und Hohn von allen Seiten, und sie stehen da und jammern wie die Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind.

Die im nächsten Jahre in Preußen stattfindenden Landtagswahlen werden zeigen, ob die preußischen Liberalen an dem Schicksal ihrer sächsischen Freunde etwas gelernt haben oder nicht. Entsprechend den Beschlüssen der Parteitage in Hamburg, Hannover und Mainz werden sich unsere Genossen in Preußen mit aller Energie an den nächsten Landtagswahlen beteiligen. Ist auch bei dem elenden Dreiklassen-Wahlsystem nur geringe Aussicht, daß unsere Genossen die Majorität der Wahlmänner in einigen Kreisen durchbringen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß unsere Partei stark genug ist, so viel Wahlmänner in einer Reihe von Kreisen durchzubringen, daß bei diesen die Entscheidung liegt. Bleibt der Liberalismus auch in dieser Situation dennoch bei seiner alten Parole: „Lieber Lucius als Kapell"! stehen und hilft er so mit verhindern, daß auch Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter in das Dreiklassen-Parlament einziehen, dann werden unsere Genossen in den Kreisen, wo von unseren Wahlmännern die Entscheidung abhängt, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. Gelingt es aber bei der nächsten Wahl, einige unserer Parteivertreter auch in den preußischen Landtag zu bringen, dann werden diese dafür Sorge tragen, daß auch in diesem Parlamente die Frage der Wahlreform im Sinne der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Tagesordnung gestellt wird und bis zu seiner Verwirklichung von dieser nicht mehr verschwindet.

*

Als auf einen hochbedeutsamen Vorgang in den Reihen der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft verdient an dieser Stelle auch auf den vierten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten in Stuttgart, hingewiesen zu werden. Der Kongreß war zahlreicher besucht wie alle seine Vorgänger, und welche Bedeutung die gewerkschaftliche Bewegung trotz aller Verfolgungen durch Behörden und Unternehmer in Deutschland erlangt hat, dafür zeugt wohl in glänzendster Weise die Beachtung, die die Verhandlungen des Kongresses in der gesamten deutschen Presse gefunden haben. In wie hohem Ansehen die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern des Auslandes steht, das zeigen die Delegationen, die aus fast allen europäischen Ländern zu den Verhandlungen erschienen waren.

Als ein Zeichen der Zeit darf es wohl auch registriert werden, daß — zum erstenmal in Deutschland — das Reichsamt des Innern und das königliche Ministerium des Innern von Württemberg sich auf diesem Kongresse klassenbewußter Arbeiter durch höhere Beamte vertreten ließen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren in allen Stadien von Sachkenntnis und tiefem Ernst getragen, zugleich aber brachten sie aufs neue den vollen Beweis, daß unter den klassenbewußten deutschen Arbeitern vollständige Einigkeit herrscht. Die Hoffnungen auf eine Spaltung zwischen den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern sind elend zu Schanden geworden, darüber haben die Verhandlungen in Stuttgart auch keine Spur von Zweifel mehr übrig gelassen.

Diese geschlossenen Einigkeit gegenüber ist es von doppeltem Interesse, die Kämpfe in den sogenannten christlichen Gewerkschaften zu beobachten, die wohl als ein sicheres Anzeichen dafür gelten können, daß weite Kreise dieser Arbeiterschichten es satt haben, sich fernerhin als willenloses Stimmvieh für kirchliche und Unternehmer-Interessen mißbrauchen zu lassen.

*

Internationales. Zum 30. Dezember 1901 war vom internationalen sozialistischen Bureau eine Sitzung der Bureaumitglieder nach Brüssel einberufen. Von unsrer Seite nahmen die Genossen P. Singer und K. Kautsky an den Verhandlungen teil. Neben andren wichtigen Beschlüssen fand auch ein von Singer und Kautsky beantragter Protest gegen die Germanisierungsversuche Preußisch-Polens und gegen die barbarischen Thaten Englands in Transvaal einstimmig Annahme. Außer Deutschland waren auf der Konferenz vertreten die sozialdemokratischen Arbeiter von England, Frankreich, Holland, Polen, Belgien, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik Argentinien. Ihre Zustimmung sandten die Arbeiterparteien von Dänemark, Oesterreich, Italien und Spanien.

Zum österreichischen Parteitag in Wien delegierte der Vorstand die Genossen A. Bebel und Franz Ehrhardt, die dort freundlichste Aufnahme fanden. Der von der Arbeiterpartei Belgiens im Laufe dieses Frühjahrs inscenierte Generalstreik zur Erringung des gleichen Stimmrechts begegnete in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie der größten Sympathien. Nach dem Grundsatze: wer schnell giebt, giebt doppelt, sandte der Parteivorstand sofort, nachdem die Proklamierung des Generalstreiks erfolgt war, 10 000 Mark an die belgische Parteileitung und eröffnete eine Sammlung zur weiteren Unterstützung unserer belgischen Genossen. Da diese mittlerweile den Kampf aufgeben mußten, wurde die Sammlung eingestellt, von den Erträgnissen derselben aber noch 5000 Mark abgesandt.

Der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungsverein erließ an den Vorstand der Partei eine Einladung zur Feier der Einweihung seines neuen Heims in 107 Charlotte Street, Fitzroy Square, W. London. Der Vorstand ersuchte den altbewährten Genossen Fr. Leßner, die deutsche sozialdemokratische Partei bei der Feier zu vertreten.

Wahlen. Seit dem letzten Parteitage war die Partei in 13 Reichstagswahlkreisen an notwendig gewordenen Nachwahlen beteiligt. Schon während der Parteitag noch in Lübeck tagte, war die Wahlagitation im Kreise Wiesbaden im vollen Gange und das Resultat der Hauptwahl am 26. November entsprach durchaus den Anstrengungen, die unsere Genossen gemacht hatten. Trotzdem alle im Kreise vertretenen Parteien Kandidaten zur Hauptwahl aufgestellt hatten, gelang es unseren Genossen 1500 Stimmen mehr aufzubringen wie bei den allgemeinen Wahlen 1898. Mit 9500 Stimmen kam Genosse Dr. M. Quarck mit dem freisinnigen Gegner, auf den 6400 Stimmen gefallen, in die Stichwahl, bei der dann der Freisinn mit 14 902 gegen 11 346 Stimmen den Sieg davon trug. Centrum, Nationalliberale und Bund der Landwirte hatten sich mit den Freisinnigen vereinigt und so den Wahlkreis noch einmal für die „Ordnungsparteien" gerettet. Die Entscheidung bei den Stichwahlen lag in den Wahlkreisen Schweinitz-Wittenberg und Schaumburg-Lippe in den Händen unserer Genossen. In beiden Kreisen standen Freisinnige gegen konservativ-antisemitisch-agrarische Kandidaten in Stichwahl. Unsere Genossen, die im ersten Wahlgange in beiden Kreisen einen bedeutenden Stimmenzuwachs erzielt hatten, entschieden sich bei der Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten als das „kleinere Uebel" zu stimmen und besiegelten damit die konservativen Niederlagen. Einen glänzenden Erfolg errangen unsere Genossen bei der Nachwahl in Döbeln (10. sächsischer Wahlkreis). Der Wahlkreis Döbeln-Roßwein war früher im Besitze der Fortschrittspartei, ging dann zu den Nationalliberalen über, die ihn dann an die konservativen Agrarier verloren, bei der letzten Wahl ihn aber wieder erobert hatten. Unsere Genossen haben seit der Wahl 1890 jedesmal in der Stichwahl um den Sieg gerungen, unterlagen aber auch 1898 noch, wenn auch mit geringer Minderheit, der vereinigten Reaktion. Dieses Mal ist es nun gelungen, sämtliche Brotwucher-Parteien gleich im ersten Wahlgang zu schlagen. Auf unsern Kandidaten fielen 11 781 Stimmen, während die Gegner es nur auf 11 459 Stimmen brachten.

Mit dem Sieg in Döbeln-Roßwein hat unsere Partei in Sachsen mehr als die Hälfte der dortigen Reichstags-Wahlkreise erobert. Der Wahlkreis Döbeln ist ein stark agrarischer Kreis, fast ohne Großindustrie; die Wahl unseres Kandidaten ist deshalb um so vernichtender für die Zollbrotwucherer, kann aber auch als Beweis dafür gelten, wie die sächsischen Arbeiter bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen für die Entrechtung bei den Landtagswahlen quittieren werden.

Unsere ost- und westpreußischen Genossen waren bei den Nachwahlen in Rastenburg-Gerdauen und in der Stadt Elbing beteiligt. In beiden Wahlkämpfen behaupteten unsere Genossen glänzend die Stellung der Partei, in Elbing sogar mit einem nennenswerten Stimmenzuwachs und bewiesen damit, daß es sich bei dem Aufschwung, den unsere Partei bei den letzten allgemeinen Wahlen in den Ostprovinzen zeigte, keineswegs um ein Strohfeuer handelte, wie die verblüfften Gegner gerne glauben machen wollten.

Die Stichwahl in Hadersleben (Nordschleswig) brachte für unseren Kandidaten einen Zuwachs von über 110 Stimmen und damit den Beweis, daß unsere wenigen Genossen, die wir in diesem für unsere Bewegung wenig zugänglichen und von nationalen Kämpfen erfüllten Kreise haben, mit unermüdlichem Fleiße und nicht ohne Erfolg thätig sind.

Weniger erfreulich war das Ergebnis der Nachwahl in dem Kreise Saarbrücken. In diesem hochindustriellen Wahlkreise mit Tausenden von Berg-, Hütten- und Fabrikarbeitern brachte es unser Kandidat nur auf einige hundert Stimmen, so daß der nationalliberale Vertreter, dessen erste Wahl wegen grober Wahlmogeleien vom Reichstag kassiert worden war, das Mandat wieder behauptete.

Im hannoverschen Wahlkreis Celle-Gifhorn brachten unsere Genossen beinahe 1000 Stimmen mehr auf als bei der Hauptwahl 1898. Für den stark ländlichen Wahlkreis ein sehr erfreuliches Resultat. Am 20. März d. J. fand in Breslau die Ersatzwahl für den vorstorbenen Schoenlank statt. Volle fünf Monate haben die zuständigen Behörden es verstanden, diese Wahl hinauszuschieben. An dem vorauszusehenden Resultat der Wahl wurde durch diese Verzögerung aber nichts geändert. Mit 14 689 Stimmen wurde Genosse E. Bernstein an Stelle Schoenlanks im ersten Wahlgange gewählt.

Ein sehr erfreuliches Wachstum unserer Partei zeigte auch die Ersatzwahl im oberfränkischen Wahlkreise Bayreuth. Unser Kandidat Hugel kam dort mit relativer Mehrheit von 5498 Stimmen mit dem nationalliberalen Kandidaten in die Stichwahl, bei der letzterer, durch Unterstützung der Agrarier und Freisinnigen mit knapper Mehrheit Sieger blieb. — Bei der durch den Tod des Führers des Centrums, Dr. Lieber, notwendig gewordenen Nachwahl im 3. nassauischen Wahlkreise St. Goarshausen-Nassau behauptete unsre Partei ihre Position, die in diesem Kreise allerdings noch eine sehr schwache ist.

Das Facit aller dieser Nach- und Ersatzwahlen kann also dahin gezogen werden, daß unsere Partei fast überall im Fortschreiten begriffen, ihren Besitzstand behauptet und neues Terrain gewonnen hat. Alle unsere Erfolge haben wir aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe errungen, während unsere Genossen aus freiem Entschlusse überall zu Gunsten der liberalen Richtung eingriffen, wo diese im Kampfe mit der konservativen und agrarischen Reaktion sich befand.

Die Landtags-Wahlen, die im Laufe des letzten Jahres stattfanden, haben nennenswerte Veränderungen im Besitzstande unserer Partei nicht gebracht. In Reuß j. L. hat sich die Zahl unserer Vertreter von 3 auf 5 vermehrt, während unsere badischen Genossen von den innegehabten 7 Mandaten eins einbüßten. In Nürnberg, wo infolge der Mandatsniederlegung des Genossen Scherm eine Ersatzwahl stattfinden mußte, wurde an Scherms Stelle Genosse Merkel glatt gewählt.

Bei den Offenbacher Kreistags-Wahlen wurden drei Parteigenossen gewählt. Es sind dies die ersten Sozialdemokraten, die in einen hessischen Kreistag einziehen.

Die erfolgreiche Thätigkeit unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungen findet ihre Anerkennung in der wachsenden Zahl von Gemeinden, die Sozialdemokraten in die Gemeinderäte wählen, sowie

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(25. Fortsetzung.)

Ein neuer Geist war über Viktorine gekommen. Sie starrte nicht mehr in dumpfem Brüten vor sich hin, sie sehnte nicht mehr den Tod herbei, und wenn der Priester in ihr die Hoffnung auf Begnadigung zu nähren suchte — aus ehrlichster Ueberzeugung, denn er hielt die Bestätigung des Todesurteils für ganz unmöglich — nickte sie ihm dankbar und gerührt zu.

Nun schien Viktorine es zu verstehen, wenn Pfarrer Rohn ihr sagte, daß dem Allgütigen droben die Buße des Sünders und sein werkthätiges Leben freudvoller sei, als sein Tod, und als er wieder einmal die Rede auf den Mann lenkte, der ja trotz alledem ihr Vater sei und vielleicht gerade jetzt tiefes Weh um sie leide, als er ihr zusprach, ihr Herz nicht gegen diesen Unbekannten zu verhärten, da erlebte er die Freude, daß sie ihm mit innigstem Ton und Blick sagte: „Ich habe ihm von ganzem Herzen verziehen! Der Gedanke an ihn hat mich wieder aufgerichtet! Vielleicht gönnt es mir der Himmel, ihm einst eine gute Tochter zu sein!" So waren denn die Trostworte und die Mahnreden des hochwürdigen Herrn wahrlich nicht vergeblich gewesen!

Den wahren Sachverhalt ahnte niemand; das Geheimnis blieb streng gewahrt. Wohl mußte es auffallen und wurde auch vielfach beredet, daß Fräulein Brigitta fast täglich, der Präsident fast wöchentlich die Verurteilte besuchte, aber hierfür suchte und fand man genügende Erklärung. Die Gutmütigen und Harmlosesten meinten, die Viktorine Lippert sei ja so ein beklagenswertes Geschöpf, daß sich ihr naturgemäß das Mitleid dieser beiden edlen Menschen zugewendet; die Böswilligen acceptierten die Auffassung des schlauen Höbinger und sprachen von „Protektion"; dem vornehmen Verführer und seiner Mutter, der Gräfin, seien nachträglich doch Gewissensbisse gekommen, ob sie mit dem armen Geschöpf nicht zu hart umgegangen, und ihre Verwendung bei ihrem Standesgenossen, dem Freiherrn von Sendlingen, sei nicht vergeblich gewesen. — Freilich konnte sich dieses Gerücht nur in ganz uneingeweihten Kreisen behaupten; wer der adligen Gesellschaft der Provinz irgend näher stand, wußte sehr genau, daß die Gräfin Riesner-Graskowitz sicherlich die letzte war, welche eine Regung des Mitleids für die Verurteilte empfand.

Aber wie dem auch sein mochte, sicherlich benahm sich der Präsident auch in dieser Angelegenheit so, wie Zeit seines Lebens in allen anderen Amtsgeschäften: menschlich und milde, aber dem Gesetze gemäß und ohne auch nur um Haaresbreite seine Pflicht zu verletzen. Die bessere Wartung, die gesonderte Zelle in der Krankenabteilung wäre sicherlich auch jeder anderen zu teil geworden, für welche sich der Arzt in gleicher Weise eingesetzt hätte. Als der Pfarrer einmal, von seinem Mitleid hingerissen, eine kleine Begünstigung zu erwirken suchte, die über diesen Rahmen hinausging — es handelte sich um eine ganz geringe Erleichterung der Hausordnung — wollte sie zwar der Kerkermeister gewähren, der Präsident jedoch lehnte das Gesuch entschieden ab.

Als Berger von diesem unbedeutenden Vorfall hörte, wälzte sich ihm eine schwere Last vom Herzen, die er all' die Wochen hindurch schweigend ertragen, ohne es zu wagen, sich durch ein neuerliches Gespräch Gewißheit zu holen. Er hatte jenen rätselhaften Worten, die Sendlingen am Tage nach der Verhandlung zu ihm gesprochen, eine Deutung gegeben, die ihn mit tiefstem Weh, ja mit Entsetzen erfüllte. Nun erkannte er seinen Irrtum: wer in kleinen Dingen, wo ihm keinerlei Gefahr der Entdeckung drohte, so streng seinem Gewissen folgte, hielt gewiß auch in größeren Konflikten zwischen Herz und Pflicht unbeugsam an Recht und Ehre fest.

Er sollte bald in dieser Auffassung bestärkt werden.

Es war drei Tage vor Weihnachten, als er des Morgens wieder einmal in das Bureau des Freundes trat. Er fand diesen in die Lektüre von Briefen vertieft, die er nun zurückschob.

„Die Post aus Wien ist noch nicht eingetroffen," sagte er, „der Zug steckt wohl noch im Schnee. Hingegen habe ich Briefe aus P. Der Präsident des dortigen Obergerichts, an dessen Stelle ich treten soll, fragt an, ob es mir nicht möglich wäre, ihn kurz nach Neujahr abzulösen, statt erst, wie der Justizminister angeordnet, mit Ende Februar. Er sei leidend und müsse so bald als irgend möglich nach dem Süden."

„Mein Gott!" rief der Anwalt, „das haben wir ja ganz vergessen!" In der That hatten ihn die Stürme jener Tage und die Wochen stillen, bangen Kummers, die ihnen gefolgt, kaum an das bevorstehende Avancement und die Uebersiedelung Sendlingens denken lassen.

„Ich nicht!" erwiderte dieser düster. „Mich hat der Gedanke, nun fort zu müssen, oft noch tiefer gebeugt, als ich ohnehin war. Wie gern blieb ich hier, auch wenn sie mich degradierten, zum — zum Kerkermeister degradierten! Aber es bleibt mir nun keine Wahl mehr. Ich habe den Posten in P. definitiv angenommen und muß ihn antreten."

„Und gedenkst Du wirklich schon zu Neujahr überzusiedeln?"

„Nein, dies ist nicht meine Pflicht. Ich wäre dem kranken Mann gern gefällig, aber Du weißt, ich kann nicht! Ich bleibe bis Ende Februar; bis dahin wird ja wohl auch die Entscheidung gekommen sein."

Er beugte sich wieder über einen Aktenstoß, der vor ihm lag. Auch der Anwalt schwieg; er trat ans Fenster und starrte in die graue Dämmerung hinaus; das Schneegestöber wollte nicht enden.

Da klopfte es an die Thüre; es war ein Beamter der Registratur. „Vom obersten Gerichtshof!" meldete er und legte ein großgesiegeltes Schreiben auf den Tisch. „Soeben eingetroffen. An den Herrn Präsidenten persönlich!"

Der Beamte ging, Berger trat an den Tisch heran. Als er sah, wie Sendlingen erregt war, wie lange er auf den Brief starrte, schüttelte er den Kopf. „Das kann ja nicht das Urteil sein!" sagte er. „Das wäre doch nicht an Dich adressiert! Es wird eine gleichgültige Sache sein, ein Disciplinarfall, eine Pensionierung."

Der Präsident nickte und erbrach das Schreiben. Aber schon bei dem ersten Blick bedeckte tödliche Blässe sein Antlitz.

in der Zunahme von Mandaten in den Gemeinden, wo bisher schon Sozialdemokraten in den Gemeinderäten saßen. Durch eine Musterkarte von urreaktionären Bestimmungen ist zwar in fast allen deutschen Staaten dafür gesorgt, daß der besitzenden Klasse in den Kommunalverwaltungen die Mehrheit — in der Regel die Zweidrittel-Mehrheit — unter allen Umständen gesichert bleibt, so weit aber den breiten Volksschichten ein Wahlrecht zusteht, wenden sie ihr Vertrauen immer mehr den sozialdemokratischen Kandidaten zu. So ist die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in den Vororten von Berlin in den letzten zwei Jahren von 23 auf 48 und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in derselben Zeit von 4450 auf 8199 gestiegen. Ein sehr glänzendes Resultat ergaben auch die Ergänzungswahlen der 3. Wählerklasse zu den Stadtverordneten in Berlin selbst. Unsere Genossen siegten in 13 Bezirken, von denen 6 neu erobert wurden. Die Gesamtzahl unserer Vertreter im Berliner Stadtverordneten-Kollegium beträgt 28, fast drei Viertel der Stadtverordneten der dritten Klasse überhaupt. Selbst in Mecklenburg ist es unseren Genossen gelungen, in den vier Städten Schwerin, Rostock, Güstrow und Wismar Vertreter in die Gemeinderäte zu wählen.

Großartige Erfolge haben unsere Genossen besonders auch bei den letzten Gemeinderatswahlen in den Reichslanden erzielt. In Straßburg haben unsere Genossen 13 von den 36 Gemeinderats-Mandaten erobert, obwohl die bürgerlichen Parteien — Klerikale und Demokraten mit eingeschlossen — ihnen geschlossen gegenüber standen. In Mühlhausen i. E. wurden von der zwischen unseren Genossen und den Demokraten vereinbarten Liste 12 Vertreter gewählt. Mit gleichem Erfolge wurde in einer Reihe kleinerer Städte und Ortschaften gekämpft.

Daß diese gewaltigen Erfolge unsrer Partei sehr verschnupfen, ist erklärlich. Vielfach versucht man, unseren Genossen ihren Erfolg dadurch wieder zu entreißen, daß man die Wahlen wegen angeblich dabei vorgefallener Unregelmäßigkeiten kassiert. Vorgänge bei den Wahlen und Maximen, die seit Jahren unbehelligt bestanden, so lange nur Ordnungsparteien gewählt wurden, müssen jetzt den Vorwand für Wahlkassationen hergeben, um die ††† Sozialdemokraten wieder los zu werden. Helfen thut diese rigorose Anwendung der Wahlbestimmungen freilich in der Regel nichts, denn unsre Genossen kehren meist mit größerer Mehrheit als vorher gewählt wieder.

Im Herzogtum Gotha, wo von 19 Landtags-Abgeordneten neun unsrer Partei angehören, Genosse Bock Vicepräsident des Landtages und als solcher Mitglied des Ober-Verwaltungsgerichts ist, wurde der Landtags-Abgeordnete Genosse Wolf in seinem Heimatsort Dietharz zum Schultheiß gewählt. Diese Wahl erschien der Gothaischen Regierung etwas so schreckliches, daß sie die Bestätigung versagte. Es macht sich eben überall derselbe kleinliche Geist bemerkbar.

Neben den vielen Erfolgen auf dem Gebiete der Gemeindewahlen haben wir im letzten Jahre leider auch eine schmerzliche Niederlage zu verzeichnen. Unsre Genossen in Offenbach a. M. wurden bei den Erneuerungswahlen von den vereinigten Gegnern wider alles Erwarten geschlagen und verloren zwei Mandate. Die auf Offenbach sehr schwer lastende wirtschaftliche Krise, infolge deren über 1000 Gemeindewähler wegen rückständiger Steuern von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen konnten, mag das ungünstige Wahlergebnis mit verschuldet haben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen haben auch im letzten Jahre die von den freien Gewerkschaften resp. den Gewerkschaftskartellen aufgestellten Kandidatenlisten meistens den Sieg davon getragen. An vielen Orten werden gegnerische Kandidaten gar nicht mehr aufgestellt.

(Fortsetzung folgt.)

An die deutsche Arbeiterschaft!

In den Erhebungen in Fuhrwerksbetrieben.

Bekanntlich hat sich unsere löbliche Reichsregierung dazu entschlossen, den Forderungen der Transport- und Verkehrsarbeiter soweit Folge zu geben, als sie jetzt endlich nach langem Zaudern Erhebungen über deren Arbeitsverhältnisse angeordnet hat.

Man will aber auch hier wieder nicht volle Arbeit thun, sondern wie schon so oft nach dem Rezept „halb und halb" in Sozialreform machen. Die Erhebungen erstrecken sich nur auf einen Teil des Verkehrs- und Transportwesens, berücksichtigt werden nur jene Fuhrbetriebe, die für fremde Rechnung Personen oder Waren transportieren. Die Masse der Fabrik- und Geschäftskutscher, die Bierfahrer usw. sind von den Erhebungen ausgeschlossen. Das Gleiche ist mit sämtlichen Straßenbahnbetrieben, sowie den kommunalen und staatlichen Fuhrunternehmungen der Fall. Aber es werden nicht einmal alle Betriebe des privaten Fuhrwerks berücksichtigt. Nur etwa 10 Prozent dieser Betriebe sind in die Erhebungen einbezogen. Es handelt sich also nur um sogenannte Stichproben, die niemals ganz zuverlässiges Material ergeben können. Nur in den Kleinstädten und Dörfern sollen alle Betriebe berücksichtigt werden. Ob aber überhaupt in allen Kleinstädten und Dörfern Fragebogen ausgegeben werden sollen, ist noch sehr zu bezweifeln. Nach den bisherigen Erfahrungen bei anderen Enqueten dürfte auch dies nicht der Fall sein.

In den Großstädten wird nur ein sehr kleiner Teil der Betriebe in die Erhebungen einbezogen. In Leipzig hat man nur jene Betriebe, die in der inneren Stadt, in der inneren Westvorstadt und in der Nordvorstadt liegen, ausgewählt. In Berlin erfolgte die Ausgabe der Fragebogen nur an die Betriebe im 8., 37., 56., 69. und 101. Polizeirevier.

In Nürnberg sind die Stadtbezirke 9, 38, 41, 42 auf der Lorenzer Seite und 45, 46 auf der Sebalder Seite berücksichtigt worden.

Nur Betriebe, welche 20 Personen und mehr beschäftigen, werden allgemein berücksichtigt. Die Ausgabe erfolgt je zur Hälfte an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, so daß also glücklicherweise 5 Prozent aller Betriebe Fragebogen erhalten haben werden. Ob unter diesen Umständen überhaupt ein brauchbares Resultat erzielt werden wird, ist eine große Frage.

Dadurch, daß sämtliche Großbetriebe berücksichtigt worden sind, wird der Durchschnitt des Resultats günstigere Ergebnisse liefern, als wenn auch sämtliche Klein- und Mittelbetriebe einbezogen worden wären. In den meisten der größeren Betriebe sind auch Stallleute thätig, die hier verschiedene der Arbeiten besorgen, die in kleineren Betrieben der Kutscher oder Fuhrmann selbst besorgen muß. Die Fragebogenbeantwortung dieser Betriebe muß also ungleich günstigere Arbeitsverhältnisse aufweisen als die der kleinen Betriebe, das Durchschnittsresultat also in besserem Lichte zeigen.

Der Fragebogen selbst enthält unserer Ansicht nach im großen und ganzen jene Fragen, die für den Zweck der Enquete notwendig sind. Wohl wird vermißt, daß die Lohnfrage garnicht berührt ist, wir halten dies für den Zweck der Sache als belanglos. Die Erhebungen sollen die Grundlage für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit geben, wobei die Lohnfrage, die ja doch nicht gesetzlich geregelt werden kann, keine Rolle spielt. Dazu kommt noch, daß nach den Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften in dieser Frage sehr brauchbares Material vorhanden ist. Die Fragebogen müßten in diesem Falle auf die Personen und nicht auf die Betriebe zugeschnitten sein. Das System der Stichprobe eignet sich aber für die Behandlung der Lohnfrage schon gar nicht, die Enquete würde bei diesem System Ergebnisse liefern, die auch nicht einmal annähernd richtig die Wirklichkeit wiedergeben.

Die Ausgabe der Fragebogen hat man vielfach der Polizei überlassen. Das war unserer Ansicht nach ein recht großer Mißgriff. Polizei und Fuhrleute sind dank der herrschenden Verhältnisse Freunde wie Hund und Katze. Wir können es wirklich einem Kutscher nicht verdenken, wenn er einem Polizisten, der ihm vielleicht schon zu einem Strafmandate verholfen, auch bei der Uebergabe der Fragebogen nicht allzuviel Vertrauen entgegenbringt. Daß unter diesem Mißtrauen dann auch die Ausfüllung des Fragebogens leidet, ist nur zu begreiflich.

Das Arbeitsamt hat, wohl um ein recht objektives Resultat zu bekommen, die Fragebogen je zur Hälfte an Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeben lassen. Wir befürchten aber, daß gerade durch dieses anscheinend objektive Verfahren das Ergebnis eine nicht der Wirklichkeit entsprechende schöne Farbe bekommt. In allen Betrieben, wo eine Einigung darüber, wer den Fragebogen ausfüllen soll, nicht zustande kommt — und das wird leider in recht vielen Betrieben der Fall sein — soll der am längsten im Geschäft Thätige das Ausfüllen besorgen.

Nun ist es aber leider Thatsache, daß gerade in Fuhr- und Speditionsbetrieben jene Leute, die am längsten bei einer Firma thätig sind, mit dem Unternehmer, sagen wir auf freundschaftlicherem Fuße stehen und daher dessen Rat und Genehmigung zum Ausfüllen des Fragebogens einholen werden. Das ist um so mehr anzunehmen, als viele Fragebogen in den Comptoiren abgegeben worden sind. Da ist es dem Unternehmer recht leicht, den nötigen Druck auf seine Leute auszuüben. Dazu kommt noch, daß die Fuhrleute und Kutscher dank der vielfach ausgezeichneten Dorfschulbildung, die sie genossen, die gestellten Fragen nicht in ihrer Gänze und Tragweite verstehen und folgedessen undeutlich und auch unrichtig beantworten werden.

Des weiteren wird schon aus einigen Orten, in denen die Ausfüllung der Fragebogen bereits erfolgt ist, berichtet, daß die Unternehmer ihre Leute nach dem Comptoir gerufen und ihnen dort die bereits ausgefüllten Fragebogen zur Unterschrift unterbreitet haben. An anderen Orten haben wieder die Fuhrleute gar keine Fragebogen erhalten, obwohl solche an die Unternehmer ausgegeben worden waren. Andere Unternehmer haben sich geweigert, die Arbeitnehmer Einsicht in die von ihnen ausgefüllten Fragebogen nehmen zu lassen. Lebhaftes Mißtrauen gegen das Ergebnis der amtlichen Erhebungen regt sich daher schon heute in den beteiligten Kreisen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat aber ein eminentes Interesse daran, daß die von der Regierung über Arbeiter-Verhältnisse irgend welchen Berufes veranstalteten Erhebungen auch Ergebnisse zeitigen, die den Thatsachen entsprechen.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hat nun im Allgemein-Interesse beschlossen, eine Kontrolle der beregten amtlichen Erhebungen vorzunehmen. Er benutzt dazu das Schema der amtlichen Fragebogen und wird auch das Ergebnis seiner Enquete nach dem amtlichen System verarbeiten.

Es ist daher die Gelegenheit geboten, das System und die Art der amtlichen Erhebungen einmal darauf zu prüfen, ob seine Ergebnisse auch der Wirklichkeit entsprechen.

Der Verband hat nun aber nur in 120 größeren Orten Verwaltungen, die die Aufnahme der Statistik besorgen, und er ist daher auf die Hilfe der organisierten Arbeiter angewiesen.

Möge daher im Interesse der Sache jeder Leser unseres Blattes, der in Fuhrwerksbetrieben bekannt ist, seine Arbeitskraft in den Dienst der guten Sache stellen und soweit es möglich, mithelfen, damit die vom Verbande aufzunehmende Enquete eine genaue Kontrolle der Regierungserhebungen ergiebt.

Der Erfolg der Arbeit kommt der Gesamtarbeiterschaft zu Gute. Fragebogen verlange man von O. Schumann, Berlin SO 16, Gewerkschaftshaus. Derselbe erteilt auch weitere Auskünfte. Unkosten werden selbstverständlich vergütet. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. August 1902.

Sechs Bezirks-Versammlungen

des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgegend fanden am Montag abend in den verschiedenen Stadtteilen statt. Bei der Fülle des Materials, welches sich den Parteigenossen durch die bevorstehenden Ereignisse, besonders durch den Parteitag, durch die Reichs- und Landtagswahlen aufdrängt, war naturgemäß auch die Diskussion über die einzelnen zur Beratung stehenden Gegenstände eine sehr rege. Ueberall machte sich schon etwas wie Kampfesstimmung bemerkbar, die das Beste für die Zukunft erwarten läßt. Der Besuch war wieder ein zufriedenstellender, wenn er auch nicht so stark war, wie in den letzten Bezirks-Versammlungen. —

Im „Dreikaiserbund" hielt Genosse Pistorius einen Vortrag über „Tolstoi und die Arbeiterfrage" und erläuterte an einer von dem russischen Schriftsteller verfaßten Schrift dessen Lehren von der allgemeinen Menschenliebe, die allerdings mit unseren Ansichten über die Lösung der sozialen Frage und den Klassenkampf nicht übereinstimmen. Auf eine von dem Vortragenden hingeworfene Aeußerung, daß sich Tolstois Lehre mit den Ansichten decke, die der Sprecher der hiesigen Freien Religionsgesellschaft, Herr Dr. Kramer, in einem im vorigen Herbste gehaltenen Vortrage entwickelt habe, entspann sich eine längere Debatte über den Wert oder Unwert der Freien Religionsgesellschaften im Kampfe um die Befreiung des Proletariats vom Kapitalismus. — Unter Vereinsmitteilungen bemängelte Genosse Großkopf die Interesselosigkeit einiger Distriktsführer bei der am Sonntag stattgefundenen Flugblattverbreitung, die sonst im allgemeinen glatt von statten gegangen sei. Genosse Haupt wies in längeren Ausführungen auf die im Herbste stattfindenden Stadtverordnetenwahlen hin, die uns hoffentlich Gelegenheit geben würden, unseren Gegnern auf die erfolgte Verschlechterung des Wahlrechts und der Geschäftsordnung durch Wahl unserer Kandidaten die verdiente Antwort zu geben. In der Besprechung der Tages-Ordnung der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gab man zu den beiden zum Parteitag gestellten Anträgen, die in der „Volksstimme" veröffentlicht sind, seine Zustimmung. — Zwei Anträge eines Buckauer Parteigenossen, daß unsere Vertreter im Stadtverordneten-Kollegium häufiger über kommunale Angelegenheiten berichten möchten und daß für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins ein Besuch der Rieselfelder arrangiert werden möchte, wurden dahin erledigt, daß die Bezirke hierin freie Hand hätten und selbständig sich Vorträge halten lassen, resp. Ausflüge machen könnten. Mit ermunternden Worten des Vorsitzenden, die Generalversammlung zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung im „Luisenpark" begnügte sich mit einer anregenden Diskussion über die im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen und die in Aussicht stehenden Wahlen zum Deutschen Reichstag. Die beiden vorliegenden Anträge zum Parteitag fanden die Zustimmung der Versammelten.

In der „Zerbster Bierhalle" in Sudenburg referierte Genosse Schulz über den diesjährigen Parteitag. Redner besprach die Tagesordnung in ihren einzelnen Punkten; zu wünschen sei, daß eine Stellungnahme des Parteitags zu den preußischen Landtagswahlen bezw. zu einem preußischen Parteitag erzielt werde. Die Anregungen des „Vorwärts" auf Erweiterung der Tagesordnung seien sehr gut,

---

und das Papier in seiner Hand erzitterte so sehr, daß er es auf den Tisch legen mußte, um es zu Ende zu lesen.

„Lies!" murmelte er dann.

Berger überflog das Schriftstück; auch er fühlte, wie sein Herz dabei ungestüm zu pochen begann. Das war allerdings nicht das Urteil, nur eben ein kurzer Auftrag, aber der Inhalt kam einem Urteil gleich.

Den Referenten hatte, wie dies Berger erhofft, der Gegensatz zwischen dem Einzel-Votum Derneggs und jenem der vier anderen Richter, sowie die Motivierung des ersteren bedenklich gemacht. Dernegg war nicht der Ansicht seiner Kollegen, daß hier ein vorbedachter, seit Monaten tückisch vorbereiteter Mord vorliege, sondern nur eine jähe, ja höchst wahrscheinlich in unzurechnungsfähigem Zustande begangene That.

Gegen die mildere Auffassung sprachen allerdings die Aussagen der Gräfin, die Versuche der Verurteilten, ihren Zustand zu verbergen. Nun hatte freilich ihre einzige Vertraute, die Kammerzofe der Gräfin, vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, daß Viktorine diese Versuche auf ihren Rat, unter ihrer Mithilfe unternommen, und zwar einzig in der Absicht, so lange im Hause verweilen zu können, bis der junge Graf zu ihrer Rettung herbeieile, aber sie hatte ja diese Aussage bei der Schlußverhandlung zurückgezogen. Wie Berger seine Nichtigkeitsbeschwerde hauptsächlich darauf aufbaute, daß die Zeugin trotz dieses Widerspruches beeidet worden, so schien auch dem Referenten dieser letzte Punkt von entscheidender Bedeutung. Es wurde daher dem Präsidenten aufgetragen, hierüber baldmöglichst durch eine neue Vernehmung dieser Zeugin volle Klarheit zu schaffen. Der Auftrag war wahrscheinlich deshalb an ihn persönlich adressiert, weil darin bemerkt war, daß weder Herr von Werner, noch einer der anderen Richter, die für die Beeidigung gewesen, mit der Sache betraut werden könne. Sei Sendlingen selbst durch seine Präsidialgeschäfte verhindert, die Vernehmung zu leiten, so möge er den zweiten Vicepräsidenten, Herrn von Hoche, damit betrauen.

„Was willst Du thun?" fragte Berger. „Die Sache ist von höchster Wichtigkeit. Daß die Zofe bei der Schlußverhandlung falsch ausgesagt, daß dies der Gegenpreis gewesen, den sie der Gräfin für die neuerliche Aufnahme in deren Dienste gezahlt, wissen wir ja. Es fragt sich nur, ob sie dessen überführt werden kann. Einem energischen Richter kann dies zweifellos gelingen. Ob aber dem alten siebzigjährigen Hoche? Er ist ein braver Mann, aber das Alter lastet schwer auf ihm, und er schleppt die Amtsgeschäfte bis zu seiner Pensionierung — es sind wohl kaum mehr vier Wochen? — so gut oder so schlecht fort, als es eben gehen mag. — Und darum nochmals — was willst Du thun, Viktor?"

„Ich weiß es nicht!" murmelte dieser. „Laß mich allein, ich muß mit mir ins Klare kommen. — Verzeih, hierüber kann nur mein Gewissen entscheiden. — Bis zum Abend, Georg!"

Der Anwalt ging; ihm war das Herz so schwer, wie nur je zuvor. Nur in der ersten Aufwallung des Gemüts, von Mitleid für diese beiden Menschen erfüllt, hatte er den Freund dazu drängen wollen, die Vernehmung zu leiten; nun aber kamen ihm die Bedenken. Lag der Fall nicht ebenso, wie am Tage der Verhandlung? Und wenn er damals den Entschluß des Freundes gebilligt, das Präsidium nicht zu übernehmen, durfte er ihn nun zu einer ähnlichen Handlung bewegen? Allerdings hatte sich der Konflikt nun noch schärfer, noch qualvoller zugespitzt, aber war deshalb die Richterpflicht Sendlingens nun eine geringere?! Wieder tauchte dem Anwalt jener Gedanke auf, der ihn einst, vor Wochen, auf Momente über den Jammer dieser Verhältnisse emporgehoben und getröstet: es muß eine Lösung dieser Verwicklungen geben, eine große, befreiende Lösung — es muß, eben weil dieser Mann ist, wie er ist! — Aber auch heute wußte er diese Lösung nicht zu finden, und nur Eines war ihm klar: wenn Sendlingen die Vernehmung übernahm und hierdurch sein Kind rettete, so war dies eine Handlung, für welche sich mancherlei Entschuldigungsgründe anführen ließen, aber sicherlich nicht jene große, rettende That, von der er träumte! Und doch, wenn Hoche in seiner Schwäche die Sache verdarb, die Wahrheit nicht ans Licht brachte, wenn sie vielleicht sterben mußte, jetzt, wo sie wieder hoffte, wo sie zu neuem Leben geweckt war. — Der Anwalt schloß die Augen, das entsetzliche Bild nicht zu sehen, das sich vor ihn drängte, und sah es doch immer und immer wieder . . .

(Fortsetzung folgt.)

aber die Kürze der Zeit ermögliche schwerlich, für die zwei wichtigen Punkte „Zentrum“ und „Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten“ noch gediegene und durchgearbeitete Referate zu schaffen. Immerhin werden die Anregungen zu einer eingehenden Erörterung beider Angelegenheiten an anderen Stellen der Tagesordnung führen. Zu wünschen sei eine frühere Bekanntgabe der Tagesordnung durch den Parteivorstand. In der Diskussion erklärte sich Genosse Brandes mit den beiden bereits publizierten Anträgen einverstanden; außerdem empfahl er eine Resolution zur Annahme, in der bemängelt wird, daß die Reichstagsfraktion im letzten Jahre nichts in Bezug auf die Wohnungsfrage (Reichswohnungsgesetz) gethan habe, und in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß in der nächsten Zeit die Fraktion dieser Angelegenheit mehr Aufmerksamkeit widmen möge; ferner wünscht Genosse Brandes ein Eingehen auf die Krise im Rahmen des Bebelschen Referats über die Reichstagswahlen. Die Versammlung stimmte den Anregungen des Genossen Brandes zu.

Im „Weißen Hirsch“ (Neue Neustadt) referierte Genosse Nitsch über: „Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie unter besonderer Berücksichtigung der preußischen Landtagswahlen“. In der sich anschließenden Diskussion wurde vom Genossen Giebel die Abhaltung eines preußischen Parteitages direkt im Anschluß an den allgemeinen Parteitag befürwortet und ein dahingehender Antrag gestellt. Da dieses von anderer Seite als nicht praktisch bezeichnet wurde, lehnte die Versammlung den Antrag ab. Genosse Vieweg bemängelt den Inhalt der „Neuen Welt“, der nach seiner Meinung nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehe. Ein Antrag des Genossen Giebel, den nächsten Parteitag in Magdeburg abzuhalten, wurde nach längerer Debatte mit geringer Majorität angenommen. Sodann wünscht Genosse Giebel, daß die event. zu wählenden Delegierten für eine Erörterung der Frage: „Das Centrum und seine Zollpolitik“ auf dem Parteitage eintreten möchten. Als Delegierte werden vorgeschlagen die Genossen Fr. Bethge und Herm. Giesecke. Mit dem Wunsche, daß die Lesestunden in der Neuen Neustadt noch besser als bisher besucht werden mögen, wurde die Versammlung geschlossen.

Im „Thalia-Saal“ in Buckau referierte Genosse Marckwald über „Die Aufgaben des Parteitages“. Nach einer kurzen Debatte, an der sich vor allem Genosse Gärtner beteiligte, wurden die beiden Resolutionen, welche allen Versammlungen unterbreitet waren, einstimmig angenommen.

In der „Krone“ in der Alten Neustadt sprach Genosse Decker über „Die politischen Aufgaben der nächsten Zeit“. Eine rege Diskussion schloß sich auch hier dem Vortrage an. —

Alles in allem können wir mit dem Verlauf der Versammlungen durchaus zufrieden sein. Die jetzt schon hervortretende Rührigkeit der Parteigenossen läßt für die kommenden Ereignisse das Beste erwarten. Jeder an seinem Platz, jeder agitiere und organisiere, so weit es in der Macht des einzelnen liegt, dann wird auch die Partei aus den ihr bevorstehenden Kämpfen stärker und gekräftigter hervorgehen. —

Was Polizei und Schöffengericht unter einem „festen Verkaufsstand“ verstehen,

erfuhr man aus der folgenden humoristischen Verhandlung des hiesigen Schöffengerichts, über welche uns soeben folgender Bericht zugeht:

„Unser Genosse Kolporteur Paul Grieß hier hat zwar den Erlaubnisschein zum Kolportieren mit Zeitschriften und Büchern auf öffentlichen Straßen und Plätzen von der Polizei, erhielt aber doch im Juli dieses Jahres eine Strafverfügung in Höhe von 5 Mark, weil er am 4. Juli vor dem Centralbahnhof Bücher und vor allem die „Volksstimme“ angeboten hatte. Genosse Grieß soll dort eine feste Handelsstelle eingenommen und sich der Anweisung des Dienst habenden Schutzmanns Römling, der ihn dort hinwegwies, nicht gefügt haben. Nach dem Bekunden der Dienstleute, die dort ihren Stand haben, ist Grieß auf dem Fahrdamm hin und her gegangen und hat seine Schriften angeboten. Ab und zu ist er allerdings ein Weilchen stehen geblieben, dann aber wieder weiter gegangen. Eine feste Verkaufsstelle, Tisch oder dergleichen, hat er aber nicht eingenommen, sondern seine Waren in einem Kasten, der an einem Riemen hing, um den Hals getragen. Vormittags wurde unser Genosse vom Schutzmann fortgewiesen, weil er angeblich den Verkehr störte. Er ging auch, kehrte aber, da er sich im guten Recht glaubte, nachmittags wieder und ging in gleicher Weise hin und her. Wieder wies ihn derselbe Beamte hinweg; nun aber ging Genosse Grieß nicht und erklärte, er übe nur das ihm gewährte Recht aus. Daraufhin wurde er sodann zur Polizei sistiert.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht bekundeten die Schutzleute, der Angeklagte habe dort am Bahnhof etwa 20 Minuten mitten unter dem herein- und herausströmenden Publikum gestanden, allerdings habe er sich nicht immer auf derselben Stelle aufgehalten; von Zeit zu Zeit sei er hin und her gegangen, den Verkehr habe er aber zweifellos gestört. Bei der Festnahme habe Grieß erklärt, in anderen Städten sei es erlaubt, an den Bahnhöfen Stände einzunehmen; er wolle doch mal sehen, ob das hier verboten werden könne. Unser Genosse bestreitet, diese Aeußerung gethan zu haben.

Der Verteidiger Dr. jur. Hammerstein führte aus, daß keinesfalls ein fester Verkaufsstand eingenommen sei, denn dazu gehöre doch irgend eine zum ständigen Verkauf dienende Veranstaltung, so einfach sie auch sein möge; das minutenlange Stehenbleiben eines vom Umherlaufen ermüdeten Mannes genüge dazu nicht. Den Verkehr habe Grieß auch nicht gestört, denn er sei nur in der Nähe der Dienstleute stehen geblieben, wo doch niemand hindurchgehen könne.

Das Gericht nahm dem entgegen jedoch an, Grieß habe eine feste Verkaufsstelle eingenommen, denn dieses sei schon der Fall, wenn der Verkäufer auf einer kurzen Strecke mit seinen Waren hin und her gehe. Durch solches Hin- und Hergehen sowie zeitweises Stehenbleiben werde der Verkehr an einer derart belebten Stelle immer gestört. Der Beamte sei daher in seinem Rechte gewesen, wenn er den Angeklagten hinwegwies. In Anbetracht dessen, daß Grieß sich irrtümlich im Rechte geglaubt habe, sei die Strafe auf 3 Mark ermäßigt.“

Natürlich wird diese eigenartige Gerichtsentscheidung in den weitesten Kreisen Erstaunen hervorrufen, denn gewöhnliche Sterbliche werden die salomonische Weisheit dieses Richterspruches mit ihrem beschränkten Unterthanenverstande unbegreiflich finden. Man stelle sich nur die Konsequenzen dieses Urteils vor! Jemand bekommt von der Polizei die ausdrückliche Erlaubnis, auf der Straße im Umherziehen Druckschriften zu verkaufen und — wird bestraft, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. — Natürlich kann selbst der Lungenkräftigste nicht beständig wandern, wenn er einen Kasten mit Büchern und Zeitungen trägt; selbstverständlich ist der Betreffende gezwungen, Atem zu holen, selbst wenn das Atmen in Preußen nicht zu den anerkannten Staatsbürgerrechten gehören sollte.

Ferner ist es ausgeschlossen, daß jemand im Umherziehen Waren verkauft, ohne still zu stehen, wenn ein Kunde etwas kaufen will. Aber selbst das „Hin- und Hergehen“ auf kurzer Strecke, also das polizeilich ausdrücklich genehmigte Handeltreiben im „Umherziehen“, gilt dem Scharfblick des Schöffengerichts als ein „fester“ Verkaufsstand. Wenn man eben nicht fest steht, sondern hin und her wandelt und keinen Stand hat, sondern seine Ware an seinem Körper trägt, so hat man doch — also sagt das Gericht — einen festen Verkaufsstand.

Ein Trost ist nur, daß die stets gerechte Polizei natürlich auch ebenso scharf vorgegangen wäre, wenn der „strafbare“ Kolporteur statt sozialdemokratische vielmehr konservative Schriften verkauft hätte; denn mit Ausnahme von Feldwebeltöchtern sind ja „alle Preußen vor dem Gesetze gleich.“ —

Wähler der dritten Wahlabteilung!

Die Einsichtnahme in die ausliegenden Wählerlisten zu den im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen, darf auf keinen Fall unterlassen werden.

Besonders in den Fabriken muß eine rege Thätigkeit nach dieser Richtung hin entfaltet werden. Um sich doppelte Wege zu ersparen, möge sich jeder bei der Einsichtnahme mit seinem Steuerzettel versehen.

Kein Wähler der dritten Wahlabteilung darf die Einsichtnahme der ausliegenden Listen zum mindesten aber die Ausfüllung der in den Auskunftstellen ausliegenden Formulare verabsäumen!

— **Die „Sachsenschau“** erzählt eine etwas unklare Geschichte, die sich nämlich in dem Seelenfreundschen Warenhause zugetragen haben soll. Dort waren zwischen 9 und 10 Uhr zwei Verkäuferinnen eingeschlossen, mußten um Hilfe rufen und konnten erst wieder in Freiheit gesetzt werden, nachdem die Polizei den Geschäftsführer herbeigeholt und zum Aufschließen veranlaßt hatte. Das antisemitische Blatt ist nicht in der Lage festzustellen, ob ein Versehen oder eine böse Absicht vorlag. Zum Ersatz dafür leistet es sich aber folgende Albernheit:

„Christliche Arbeitgeber dagegen, welche ihre Angestellten weit besser behandeln, kommen aus dem Aerger und Verdruß gar nicht heraus; bei ihnen kann das Geringste vorkommen, dann steht es am andern Tage in der „Volksstimme“.

Die „Sachsenschau“ weiß recht gut, daß wir keinen Unterschied machen, wenn es gilt, das Ausbeutertum zu brandmarken und daß wir Arbeitgeber mosaischen Glaubens nie zarter angefaßt haben wie solche, die sich zum Christentum bekennen. Als wir z. B. die Gründungsaffaire Frank-Quedlinburg aufdeckten, bei welcher die eigenartigen Gründer alle sehr „fromme“ Juden waren und die Geschädigten sämtlich „arischer“ Herkunft, da schwieg die antisemitische Presse und überließ uns den Kampf gegen die — in diesem Falle „semitischen“ Raffer. — Glücklich ist die „Sachsenschau“, daß es ihr gelungen ist, mit Herrn Stadtrat Jänsch zusammen die Neuerrichtung der Lesehallen vereitelt zu haben. Da Stadtrat Jänsch „Christ“ ist, hat die „Sachsenschau“ alle Ursache, sich ihres neuen Gönners zu rühmen, wenn dieser auch mit den weniger christlichen Herrn Bankier Oppenheimer in Geschäftsverbindung steht.

Freilich eins hat die „Sachsenschau“ selbst an ihrem Freunde Jänsch auszusetzen; seine Finanzpolitik erscheint den Antisemiten noch nicht sparsam genug; er hat z. B. zum Aerger dieser Reaktionäre das Stadttheater und das städtische Orchester nicht verhindert. Daß Herr Jänsch diesen modernen Barbaren nicht auch noch den Gefallen gethan hat, die wenigen Kunstinstitute, die Magdeburg noch besitzt, zu bekämpfen, thut wenig zur Sache. Die „Sachsenschau“ und Herr Stadtrat Jänsch sind einander wert. —

— **Sonntagsruhe in der christlichen Eisenbahnverwaltung.** Aus den Reihen der vereideten Streckenarbeiter wird dem „Weckruf“ mitgeteilt, daß ihnen der seit Jahren zustehende vierte Sonntag als Ruhe- resp. Kirchtag, an welchem der Tagelohn gezahlt wurde, wenn diese Arbeiter mit der Vertretung von Bahnwärtern und Weichenstellern an den übrigen Sonntagen sonst beschäftigt wurden, nicht mehr gewährt wird. Als Ersatz dafür hat man diesen Arbeitern jeden dritten Sonntag einen Nachtdienst geschaffen, welcher am Montag dann die Ruhe gewährt, jedoch sollen auf verschiedenen Stationen an solchen Ruhetagen noch zwei Stunden Dienstleistungen gefordert werden. —

— **Aerzteproletariat.** Die Volontairarztstelle an der inneren Abteilung der Krankenanstalt Altstadt soll vom 1. Oktober 1902 in eine Assistenzarztstelle umgewandelt werden. Das Gehalt, welches der Magistrat für diese Stelle vorschlägt, beträgt ganze — — 900 Mark. Bei einem so geringen Gehalt wird der betreffende Arzt genötigt sein, sich möglichst viele Privatpatienten zu suchen und in dem Krankenhause so wenig wie möglich zu leisten. Im Interesse der Kranken liegt ein so minimales Gehalt natürlich nicht. —

— **Das „Augustenstift“,** die Mägdeherberge und Mägde-Bildungsanstalt, Wallonerberg 6 und 7, hat ersucht, ihm das im Jahre 1882 aus Sparkassenüberschüssen zinslos gewährte Darlehen von 30 000 Mark vom 1. Oktober 1902 ab auf weitere 10 Jahre zinslos zu belassen. Der Magistrat schlägt der Stadtverordneten-Versammlung nunmehr vor, diesem Wunsche zu willfahren. —

— **Vom Schuletat.** Nach der den Stadtverordneten zugegangenen Nachweisungen über die Einnahmen der Schulkasse im Rechnungsjahr 1901 hat sich gegen den Etatsansatz eine Mindereinnahme von 17 486,27 Mark ergeben, wovon allein auf das Schulgeld bei den höheren Schulen, für das 259 200 Mark angesetzt worden waren, 16 545 Mark entfallen, da die Isteinnahmen nur 242 655 Mark betrug. Trotzdem wurde jedoch der ganze Schulkassenhaushaltsplan für 1901 nur in einem Gesamtbetrage von 6852,19 Mark überschritten.

— **Sonderbare Geschäftsgrundsätze** beobachtet der Inhaber des bekannten Automaten-Restaurants auf dem Breitenweg, Herr Solle, den bei ihm verkehrenden Gästen gegenüber. Herr Solle scheint nämlich der Meinung zu sein, daß nur Leute in Lackstiefeln und tadelloser Wäsche berechtigt sind, das Automaten-Restaurant zu betreten. In letzter Zeit ist es mehrmals vorgekommen, daß der Herr Personen, die durchaus anständig angezogen waren, aber nicht gerade weiße Wäsche trugen, den Zutritt zum Lokal verweigert hat. Will Herr Solle sein Lokal nur für die oberen Zehntausend reservieren? Wir meinen, daß die sehr praktische Einrichtung des Automaten-Restaurants den Zweck hat, jedem ohne Unterschied des Standes auf billige und schnelle Art zu einem Imbiß zu verhelfen. Ob Arbeiter oder Rentier muß dabei völlig gleichgültig sein, wie dies z. B. auch bei den Aschinger-Restaurants in Berlin der Fall ist. —

— **Walhalla-Theater.** Mit dem gestrigen Tage hat das Walhalla-Theater seine diesjährige Sommersaison geschlossen, es wird jedoch schon nach kurzer Pause am Sonnabend, den 30. August, mit dem gewohnten vollen Betrieb wieder eröffnet werden. In dem oberen Theatersaal ist die Sommerpause dazu benutzt worden, um denselben von Grund auf zu renovieren. In den Parterre-Lokalitäten wird an der Herstellung einer „American Bar“ gearbeitet, welche auch bis zum Eröffnungstage fertiggestellt werden wird. Der erste Spielplan wird ganz besondere Ueberraschungen und Neuheiten auf dem Gebiete der Varieteekunst bringen, worüber wir näheres in den nächsten Tagen bringen werden. —

Provinz und Umgegend.

Braunschweig, 18. August. (Zur Schulreform.) Braunschweig führt im nächsten Schuljahr die neuen preußischen Lehrpläne für die höheren Schulen und die neue Rechtschreibung in allen Schulen ein. —

Erfurt, 17. August. (Ein Regierungsrat von altem Schrot und Korn.) In Nr. 17 des „Weckrufs für Eisenbahner“ lesen wir: Im Direktionsbezirk Erfurt ist der Vorsteher einer Betriebsinspektion noch einer von denen, welche bald alle werden. Besagter alter Herr spricht mit großem Interesse mit — man höre und staune — Streckenarbeitern. Auch zieht er mit freundlichem Gruß beim Weggehen den Hut. Dies ist aber für ein großes Uebel gehalten worden, daß der alte Herr sich bis zu den Streckenarbeitern herabläßt und die Bonzen und Schranzen kaum eines Grußes würdigt. Dafür haben sie ihn in den Bann gethan, nämlich, sie grüßen nicht mehr oder gehen, von weitem kommend, ihm aus dem Wege. Der Vorstand der Betriebsinspektion ist auch keineswegs darauf versessen, gegrüßt zu werden. Angebereien von seiten der Vorgesetzten gegenüber den Untergebenen prüft er gründlich und untersucht selbst die Fälle. Da freilich hat sich meistens herausgestellt, daß die Vorgänge übertrieben und meistens auf das schroffe und unhöfliche Vorgehen der direkten Vorgesetzten zurückzuführen waren. Auf diesem Wege hat der Herr Regierungsrat erreicht, daß grundlose und voreilige Beschwerden fast gar nicht mehr eingehen. Leicht begreiflich, denn den Herren in Positur und Autorität ist das Handwerk gelegt. —

Güsten, 18. August. (Auflösung der Gemeindeversicherung.) „Schon der Verbandstag der Ortskrankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt“ — so schreibt die „Krankenkassen-Zeitung“ — erörterte sehr eingehend die relativ große Ausdehnung der Gemeindekrankenversicherung in der Provinz Sachsen und im Herzogtum Anhalt. Sehen wir von der Gemeindekrankenversicherung Bayerns ab, so liegen, mit der einen Ausnahme des Landkreises Königsberg, die größten Gemeindekrankenkassen in der Provinz Sachsen. Schon 1897 zählte die Gemeindeversicherung des Kreises Querfurth 11 467 Mitglieder, des Mansfelder Seekreises 9217, des Kreiskommunalverbandes Saugerhausen 9029, des Kreises Delitzsch 8605. In unserem nachbarlichen Herzogtum hat man sich endlich entschlossen, eine Gemeindeversicherungskasse aufzulösen. In Güsten entschied sich der Gemeinderat für die Auflösung der Gemeindeversicherung. Jetzt ist die Auflösung der Gemeindekrankenversicherung von der herzoglichen Regierung angeordnet und der vorgelegte Statutenentwurf der neugebildeten Ortskrankenkasse genehmigt worden. Der Verband der Ortskrankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt wendet seine volle Aufmerksamkeit der rückständigen Gemeindeversicherung zu. Hoffentlich gelingt es ihm, eine erfolgreiche Bewegung zur Auflösung der Gemeindeversicherung in Fluß zu bringen“. — Da die Arbeiter ein eminentes Interesse an der Selbstverwaltung ihrer Kassen haben, können wir uns der Ansicht der „Krankenkassen-Zeitung“ nur anschließen. —

Halle, 18. August. (Zur Wirtschaftskrise.) In der letzten Zeit waren in der Halleschen Maschinenfabrik, einem unserer größten gewerblichen Etablissements, die Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung. Am vorigen Sonnabend hat man aber einen ungeheuren Schub vollzogen. Nicht weniger als 50 — sage und schreibe fünfzig — Metallarbeitern hat man den Entlassungsschein übereicht und damit namenloses Elend über die Familien derselben heraufbeschworen. Es befanden sich Leute darunter, die 17, 20 und auch 23 Jahre in genannter Fabrik thätig waren, die es einfach für unmöglich hielten, daß sie jemals von einer solchen Maßregel betroffen werden könnten und sich deshalb von der gewerkschaftlichen Organisation absichtlich fernhielten.

In einigen Jahren hätten sie ihr 25jähriges Anwesenheitsjubiläum gefeiert und die Fabrikleitung hätte ihnen die üblichen 200 Mark für 25 Jahre Abrackerung ausgezahlt. Die humane Anstalt hat dafür gesorgt, daß sie diese 200 Mark nicht allzu oft anlegen muß. — Wenn das Massenelend in dieser Weise schon im Sommer weitere Fortschritte macht, so wird der nächste Winter einen noch entsetzlicheren Notstand bringen wie der vorige. Die herrschenden Klassen ergreifen aber bisher keine sozialpolitischen Maßnahmen, um dem Unglück ihrer armen Mitbürger zu steuern. —

Staßfurt, 16. August. (Das Gewerkschaftskartell) schlug in seiner gestern stattgehabten Sitzung sechs Arbeiter aus der chemischen Industrie als Arbeitervertreter für die Kommission zur Festsetzung der Unfallverhütungsvorschriften in der chemischen Industrie vor. — Nachdem die Gesamtsitzung des Gewerbegerichts das Abonnement der Zeitung „Das Gewerbegericht" für die Beisitzer abgelehnt hat, soll diese Zeitung für die Arbeiterbeisitzer wieder auf Kosten des Gewerkschaftskartells abonniert werden. — Die Lichtbildervorträge werden in Hecklingen am 20., in Löderburg am 21., in Staßfurt am 22. September stattfinden. Weiter wurde der Beschluß wiederholt, daß die Gewerkschaftsvorstände alle geplanten öffentlichen Versammlungen und auch die festgesetzten öffentlichen Versammlungen sofort dem Kartellvorsitzenden anzumelden haben. Dieser Beschluß ist im Zeitungsbericht aufzunehmen. — Als Verkehrslokal für die Fremden wurde die Gastwirtschaft „Zum alten Fritz" festgesetzt. — Nächste Sitzung am 19. September pünktlich um 8 Uhr. —

‡ **Staßfurt,** 17. August. (Ueber den Diensteifer eines Polizeisergeanten), der ohne weitere Formalitäten einem Flugblattverbreiter die Flugblätter abgenommen hat, berichteten wir in Nr. 162 der „Volksstimme". Auf den dieserhalb vom Herausgeber des Flugblattes gestellten Strafantrag ist nunmehr folgender Bescheid ergangen, der schon durch die eigentümlichen Redewendungen zeigt, daß er von dem Bürgermeister Reinhard herrührt:

P. L. 426/02. Staßfurt, den 13. August 1902.

Auf die unter dem 19. vorigen Monats bei der hiesigen Polizei wider den Polizeisergeanten Millahn angebrachte Strafanzeige wird Ihnen zum Bescheid erteilt, daß zu einem strafrechtlichen Verfahren gegen den Gedachten **nicht der geringste Anlaß** vorliegt. Daß ein Diebstahl nicht vorliegt, ist ganz offensichtlich und auch der als Zeuge vernommene Maurer Häusler kann sich des ganzen Vorganges nicht einmal genau entsinnen. p. Millahn hat ohne allen Zweifel **geglaubt,** die Flugblätter beschlagnahmen **zu sollen und zu müssen,** näher zu untersuchen, inwiefern er zu seinem Vorgehen berechtigt war oder nicht, **inwiefern er etwa seine Befugnisse irrtümlicherweise überschritten haben sollte,** ist Sache seiner **vorgesetzten** Behörde.

Diesseits ist das Verfahren eingestellt.

Der Königliche Amtsanwalt.
Reinhard.

Was den Herrn Millahn veranlaßt haben kann, zu glauben, die Flugblätter beschlagnahmen zu sollen und zu müssen, ist uns nicht klar; der Herr muß sich demnach in einer beklagenswerten Unkenntnis über das staatsbürgerliche Recht des Flugblattverbreitens und über das Recht befinden, Beschlagnahmen auf eigenes Gutdünken vorzunehmen. Daß Herr Reinhard, der als Polizeiverwalter auch die vorgesetzte Behörde des Herrn Millahn ist, noch keinen Bescheid darüber gegeben hat, ob dieser „etwa seine Befugnisse irrtümlicher Weise überschritten haben sollte", ist nach Verlauf von so langer Zeit unverständlich. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Dem Braunschweiger Volksfreund teilt der geschäftsschlaue „gustaf nagel" seine Ankunft auf einer Postkarte folgenden Wortlautes an: grüs sie got, teile ihnen hirdurch mit, das wir Dienstag und mitwoch nechste Woche nach dort kommen werden und bei herrn strecker im türinger hof einkeren. behüte sie got — hermann mund begleiter son gustaf nagel. — Auf dem Hofe des Grundstücks Kaiserstraße 2 in Schönebeck hat ein junger Birnbaum zum zweiten Male Knospen angesetzt und wird bald im Blütenschmuck stehen, nachdem er einige Früchte getragen. — Von einem schweren Unglück sind die in Halberstadt in der Sackstraße wohnenden Eheleute Becker betroffen worden, da ein Sohn, der seit 8 Jahren in der Marine dient, am 15. August zwischen Hamburg und Bremen aus einem Eisenbahnzug gestürzt und verstorben ist. — Eine Schlägerei fand in Halberstadt in der Nacht von Sonntag zum Montag, in der Kulkstraße statt, wobei sich eine größere Menschenmenge ansammelte. Die Thäter sind ermittelt. — In Bad Suderode sind, wie die letzte Badezeitung meldet, bisher 3972, in Bad Sachsa 3247 Sommerfremde eingetroffen. — Von der Abteilung Oschersleben des Verbandes Deutscher Brieftauben-Züchter-Vereine wurden am 15. d. M. 4—500 Militär-Brieftauben in fünf einzelnen Schwärmen vom Brocken abgelassen. — Drei in Burg wohnhafte Tischlergesellen wurden am Sonntag in Stegelitz durch abgefaßt, wie sie etwa 3½ Centner Aepfel entwendeten. — Ein zugemauertes Grab hat man in Quedlinburg auf dem Areal des Realschulbaues gefunden, das einer Familie Weber angehört. Die zu Tage geförderten Knochenüberreste wurden in einen neuen Sarg gelegt und nach dem Marktkirchhof überführt. — In der Nacht zum Sonntag wurde in Quedlinburg ein gewaltthätiger Kaufmann festgenommen, weil er krakehlte und einen Bürger mit dem Messer bedrohte. — Am Sonntag nachmittag entstand in Quedlinburg in der Marktstraße zwischen jungen Leuten, meist Lehrlingen, ein Streit, der auf dem Marktkirchhof in eine regelrechte Schlägerei ausartete, wobei der eine seinen Spazierstock auf dem Kopf des andern in Stücke schlug. Die Polizei mußte einschreiten. —

Vermischte Nachrichten.

* **Eugen Richter als Hotelpatron.** Aus dem Berner Oberland wird uns geschrieben: Der Abg. Richter machte in den letzten Wochen mit seiner Gattin eine Schweizerreise. Ganz besonders gut gefiel es ihm in einem hoch über dem Thuner See belegenen Kurort, wo das Ehepaar mehrere Wochen verweilte. In dem Hotel, in dem „Eugen Richter, Schriftsteller und Reichstagsmitglied mit Gemahlin" — so steht im Fremdenbuch zu lesen — Aufenthalt genommen hatte, war der gefürchtete Parlamentarier nicht wieder zu erkennen. Sei es, daß er sich im Ehestand rasch an das „Jasagen" gewöhnt hat, kurzum, er nahm beim Mittagbrot und beim Abendessen alle „Vorlagen" glatt an, machte keinerlei Abstriche an dem ihm vom Wirthe vorgelegten Budget und stellte nirgends Abänderungsanträge. Nun hatte das Hotel, in welchem der sonst so strenge Kritiker „alles bewilligte", vor einigen Jahren seinen Stern im Bädeker verloren, weil es in andere Hände übergegangen war. Selbstverständlich lag dem neuen Wirth sehr viel daran, den Stern wieder zu bekommen, aber alle Bemühungen waren bisher vergeblich gewesen. Da wandten sich nun Wirth und Gäste an den Abg. Richter mit der Bitte, für eine an Bädeker zu richtende „Petition" das „Referat zu übernehmen". Eugen, der das „Neinsagen" offenbar ganz verlernt hatte, sagte „Ja", und schon nach wenigen Tagen erhielt er von Bädeker den Bescheid, daß seinem Wunsche Folge gegeben sei, und daß das betreffende Hotel im nächsten Jahre seinen Stern wieder bekommen werde. Nicht wenig stolz ist nun aber der Wirth; „die vier Reichskanzler, denen er immer alles abgelehnt" — so sagt der Brave — „müssen es falsch angefangen haben. Bei mir hielt er keine langen Reden, höchstens einmal ein paar persönliche Bemerkungen und von Obstruktion war nie eine Spur." —

* **Auch ein Grund!** Dieser Tage kam in Eßlingen ein schwerer Uebergriff eines Schutzmanns vor. Dieser hielt eine Dame, Frau eines Fabrikanten, auf dem Bahnhof an und wollte sie als eine steckbrieflich verfolgte Dirne verhaften. Die Dame wehrte sich dagegen und rief um Hülfe, so daß der Schutzmann von seinem Vorhaben ablassen mußte. Die Polizeiverwaltung entschuldigt diesen Fall damit, daß das Signalement der Dirne auf die Dame „einigermaßen gepaßt" habe; in dem Steckbriefe heiße es nämlich: „ist einfach gekleidet und benimmt sich unauffällig und anständig". Da hört denn doch Alles auf! Der Ulmer Gemeinderat hat erst vor Kurzem einen Schutzmann wegen eines ähnlichen Falles entlassen — hier ist der Schutzmann nach wie vor im Dienst! Dabei erfährt man jetzt allmälig Angesichts dieses neuesten Falles, daß er schon früher ab und zu unter dem Verdacht, sie seien Dirnen, junge Damen anhielt, die dann des Geredes wegen keine weiteren Schritte thun ließen. Die Entrüstung ist hier sehr groß. —

* **Die Nonne als Kupplerin.** Die fromme Schwester Filomena in Neapel versorgte gegen Geld mit den ihrer Obhut anvertrauten Mädchen im Alter von 9—13 Jahren die berüchtigsten Lebemänner Neapels. Als gegen zwanzig ihrer Zöglinge an derselben häßlichen Krankheit darniederlagen, machten die Aerzte Anzeige beim Gericht und erwirkten für das ruchlose Weibsbild im Ordenskleid die Verurteilung zu sechs Jahren Zuchthaus. Dafür aber, daß die Aerzte dieses himmelschreiende Unrecht aufgedeckt hatten, wurden sie von der Pfaffenpresse als „Religionsstörer, Atheisten und Freimaurer" der Rache des abergläubischen Pöbels denunziert, und richtig fiel der Primärarzt Dr. Del. Giudice unter dem Dolchmesser bezahlter Mörder. Es lebe die fromme und christliche Nächstenliebe. —

Vereine und Versammlungen.

Kupferschmiede.

Am 17. d. M., vormittags 11 Uhr, tagte in der Centralherberge bei G. Böhme eine öffentliche Kupferschmiedeversammlung. Genosse Saupe wies in seinem Referat nach, daß die Krisen den Gewerkschaften nicht mehr wie früher jedesmal einen erheblichen Verlust an Mitgliedern brächten, aber immerhin die Organisation so belasten, daß einige davon finanziell erschüttert werden. Soll es in Zukunft besser werden, dann haben die Organisationen die Pflicht, sich so zu gestalten, daß die Einnahmen den Ausgaben entsprechen; in normalen Zeiten muß ein Reservefond zurückgelegt werden; in finanzieller Beziehung könnte es in mancher Organisation besser bestellt sein, wenn bisher so gehandelt worden wäre. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Lehrlingsausbeutung in einigen Geschäften einer eingehenden Kritik unterzogen und nach längerer Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 17. August in der Centralherberge tagende öffentliche Kupferschmiede-Versammlung beschließt, an die Handwerkskammer die Aufforderung zu richten, dafür zu sorgen, daß die Lehrlingsausbeutung in den Kupferschmiedereien beseitigt und gesunde Lehrlings-Verhältnisse geschaffen werden."

Nachdem noch Mißstände in den einzelnen Betrieben verschiedentlich gerügt worden, wird noch mißbilligend über einen Vorgang bei der Firma Möller u. Schulz gesprochen, die in letzter Zeit vier Mann eingestellt habe und diesen noch nicht einmal den Minimallohn von 42 Pfg. pro Stunde gezahlt habe, so daß sie wieder aufhörten. Es wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß kein Kollege unter dem Lohntarif arbeite, sondern sich jeder Tarifdurchbrechung widersetzen solle. Gegen alle Mißstände in den Betrieben soll in Zukunft rücksichtslos vorgegangen werden. —

Vereins-Kalender.

(Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pfg., die vorher zu bezahlen sind.)

Skatklub „Rote Sieben". Jeden Mittwoch abend 7 Uhr Skatabend im „Dreikaiserbund". —

Marktberichte.

Magdeburg, 18. August. Weizen fest, in neuer, trockener Ware zu 156—158 je nach Lage der Station bezahlt, klamme Qualitäten entsprechend billiger. Roggen fest, stark angeboten, trockener 140—144 je nach Lage der Station bezahlt, klamme Qualitäten erheblich billiger. Hafer fest, bei großer Zurückhaltung des Konsums zu 175—182 frei Magdeburg offeriert. Gerste, Brauware, vielfach in den ersten Mustern vorgezeigt, aber noch nicht gehandelt: Wintergerste 138—140 ab Station bezahlt. Mais fest, mixed 136—138, runder 120—122, defekte Ware 90—105 ab hier angeboten. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	17. Aug.	+ 1.05	16. Aug.	+ 1.30	—	0.25
Trotha	„	+ 1.43	„	+ 1.52	—	0.04
Alsleben	„	+ —	„	+ 1.20	—	—
Bernburg	„	+ 0.90	„	+ 0.92	—	0.02
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.48	„	+ 1.44	0.04	—
do. Unterpg.	„	+ 0.26	„	+ 0.28	—	0.02
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	17. Aug.	0.00	18. Aug.	+ 0.02	—	0.02
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	16. Aug.	+ 0.06	17. Aug.	+ 0.05	0.01	—
Laun	„	— 0.20	„	— 0.30	0.10	—
Budweis	„	+ 0.10	„	+ 0.06	0.04	—
Prag	„	+ 0.25	„	+ 0.16	0.09	—
Elbe.						
Pardubitz	16. Aug.	— 0.02	17. Aug.	+ 0.07	0.05	—
Brandeis	„	— 0.08	„	— 0.11	0.03	—
Melnik	„	— 0.37	„	— 0.38	0.01	—
Leitmeritz	„	— 0.37	„	— 0.37	—	—
Außig	17. „	— —	18. „	— 0.14	—	—
Dresden	„	— 1.49	„	— 1.47	—	0.02
Torgau	„	+ 0.36	„	+ 0.37	—	0.01
Wittenberg	„	+ —	„	+ 1.16	—	—
Roßlau	„	+ 0.50	„	+ 0.56	—	0.06
Barby	„	+ 0.76	„	+ 0.78	—	0.02
Schönebeck	„	+ —	„	+ —	—	—
Magdeburg	18. „	+ 0.90	19. „	+ 0.90	—	—
Tangermünde	17. „	+ 1.33	18. „	+ 1.35	—	0.02
Wittenberge	„	+ 1.02	„	+ 1.01	0.01	—
Dömitz, Pegel	„	+ 0.53	„	+ 0.50	0.03	—
Lauenburg	„	+ 0.57	„	+ 0.56	0.01	—
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	15. Aug.	+ 2.00	16. Aug.	+ 2.00	—	—
do. Unterpegel	„	+ 1.00	„	+ 0.98	0.02	—
Rathenow Oberpegel	„	+ 1.30	„	+ 1.35	—	0.05
Unterpegel	„	+ 0.52	„	+ 0.50	0.02	—
Havelberg	„	+ 1.41	„	+ 1.40	0.01	—
Oder.						
Kosel	15. Aug.	+ 1.04	16. Aug.	+ 1.03	0.01	—
Brieg, Oberpegel	„	+ 4.62	„	+ 4.56	0.06	—
do. Unterpegel	„	+ 2.27	„	+ 2.12	0.15	—
Breslau Oberpg.	„	+ 5.04	„	+ 5.04	—	—
do. Unterpegel	„	— 0.68	„	— 0.68	—	—
Frankfurt	13. „	+ 1.30	15. Aug.	+ 1.27	0.03	—
Küstrin	„	+ 0.99	„	+ 0.83	0.06	—
Weichsel.						
Thorn	14. Aug.	+ 0.72	15. Aug.	+ 0.68	0.04	—
Netze.						
Usch	15. Aug.	+ 0.52	16. Aug.	+ 0.54	—	0.02

Preß-Kommission! Mittwoch abend punkt 8½ Uhr Sitzung bei Albert Vater, Knochenhauerufer 27/28. —

Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung bei Alb. Vater, Knochenhauerufer 27/28.

Standesamt.

Magdeburg, 18. August.

Aufgebote: Herrenkleidermach. Wilhelm Engelmann mit Emma Pasemann. Maschinentechniker Karl Möbes in Buckau mit Meta Schenk hier. Ziegeleibesitzer Karl Moellenhoff in Kamen mit Else Kannapke hier. Comptoirbote Hermann Falkenberg mit Emma Fahrenholz. Kaufmann Albrecht Richter in Anderbeck mit Anna Sonnemann in Wolfenbüttel. Gärtner Anton Johann Martin Fehr mit Elise Sophie Wächter in Altenweddingen. Kaufmann Rud. Stenzing in Halle a. S. mit Margarete Fricke hier. Versich.-Beamter Paul Knoke mit Ida Herbst. Comptoirist Albin Voigt in Lettin mit Agnes Heilemann hier. Werkmeister Max Robert Ferd. Hertzog in Bremen mit Hilda Graul in Aschersleben. Königl. Schutzm. Ernst Wilh. Klatt hier mit Minna Mariell. Bertha Heuer in Neuhaldensleben. Arbeiter Friedrich Greie in Biederitz mit Witwe Marie Künne geb. Bester hier.

Geburten: Karl, S. des Kaufmanns Friedrich Koerner. Helene, T. des Arbeiters Albert Kabbach gen. Kabbert. Martha, T. des Maur. August Bleis. Hildegard, T. des Geschäftsreisenden Friedrich Panzer. S. des Kaufmanns Werner Fritze. Lotte, T. des Postassistenten Karl Schwenkhagen. Hubert, S. des stellvertretend. Filial-Direktors Alexand. Lichtneckert. Margarete, T. des Hilfsbremsers Max Kunert.

Todesfälle: Luise geb. Barlepp, Ehefrau des Schlossers Aug. Herold, 54 J. 2 M. 12 T. Wilhelmine geb. Gärtner, Witwe des Arb. Ferdinand Trinkwitz, 69 J. 8 M. 27 T. Willy, S. des Drechslers Richard Hätich, 1 M. 26 T. Ernst Stach, Mühlenarbeiter, 33 J. 2 M. 1 T. Witwe Marie Müller geb. Pößel, 56 J. 8 M. 12 T. Heinrich Brandt, Kutscher, 56 J. 4 M. 13 T. Witwe Konradine Henkel geb. Zelle, 64 J. 8 M. 27 T. Lina geb. Geyer, Witwe des Tischlermeisters Wilhelm Wenghöfer, 62 J. 6 M. 10 T. Friedr., S. des Dreh. Valerian Hegner, 2 J. 4 M. 3 T. Bernhard Bühlmann, Tischler, 36 J. 5 M. 22 T.

Sudenburg, 18. August.

Aufgebote: Schmied Gottlieb Ernst Bunk mit Hedw. Eggestein. Sergeant und Zahlmeister-Aspirant Heinrich Wilhelm Otto Hellwig mit Julie Anna Bierstedt.

Geburten: Erna, T. des Eisenbahn-Wagenschreibers Hermann Schunke. Hans, S. des Apothekers Wilhelm Brammer.

Buckau, 18. August.

Aufgebot: Kesselheizer Franz Louis Franke mit Meta Anna Hoetzel.

Geburten: Georg, S. des Tischlers Georg Jahn. Editha, T. des Lokomotivführers Oskar Pressel. Gustav, S. des Ingenieurs Wilh. Stollberg. Erna, T. des Schlossers Wilhelm Düe.

Todesfälle: Porzellandreher Bernhard Schneider, 42 J. 9 M. 22 T. Willy, S. des gepr. Lokomotivheizers Oskar Zichel, 2 M. 15 T.

Neustadt, 18. August.

Geburten: Paul, S. des Arb. Otto Gäde. Helene, T. des Kutsch. Paul Opitz. Oskar, S. des Arb. Oskar Kresse.

Todesfall: Erich, S. des Straßenbahn-Schaffners Friedrich Freibank, 3 M. 1 T.

Groß-Ottersleben.

Aufgebot: Arbeiter Christoph Goldmann mit Helene Wessendorf.

Geburten: Friedrich Walter, S. des Arbeiters Friedrich Uebe. Arthur Alwin, S. des Handesm. Otto Finke. Richard Walter, S. des Arb. Wilhelm Kaßner in Bennecken-beck. Martha, T. des Maurers Hermann Genzow in Lemsdorf. Anna Erna, T. des Arb. Anton Gorzny. Wilh. Ernst Karl, S. des Schmieds Friedrich Nakving. Friedrich Wilhelm, S. des Gastwirts Friedrich Beese.

Aschersleben.

Aufgebote: Kernmach. Rob. Löffler mit Marie Leya. Arbeiter Vincent Richlikowski mit Marie Sierakowska.

Todesfälle: Walter, S. des Bergarbeiters Karl Zeidler, 1 J. 4 M. 24 T. Walter, S. des Arb. Gustav Sasse, 12 T. Invalide Alb. Drosihn, 50 J. 22 T.

Burg, 18. August.

Aufgebot: Arbeiter Otto Paul Plate mit Henriette Anna Dannenberg.

Geburten: S. des Fuhrmanns Ernst Pohlmann. T. des Fabrikarbeiters Friedrich Schuttwolf. T. des Betriebsdirektors Magnus Wolfradt.

Todesfälle: Witwe des Handelsmanns Lorenz Ackermann, Anna Maria, geb. Keidel, 77 J. August, S. des Fuhrmanns Ernst Pohlmann, 1 T. Witwe des Tischl.-Meisters Friedrich Vogel, Wilhelmine geb. Hüfel, 79 J.

Totgeburt: T. des Schneid. Gustav Reifenstein.

Schönebeck.

Eheschließung: Brauer Paul Krause in Cracau mit Hedw. Wedekind hier.

Geburten: Erna, T. des Schlossers Friedrich Schmohl. Elli, T. des Roßschlächters Edwin Hoffmann in Groß-Salze.

Todesfall: August Kurt, S. des Handelsmanns Friedr. Musche, 6 M. 9 T.

hause gebracht, woselbst sofort eine Operation an dem gefährdeten rechten Auge vorgenommen wurde. —

— **Zwei Rohrbrüche,** wodurch die Kellerräume der Häuser Feldstraße 24 und Breiteweg 141 unter Wasser gesetzt wurden, gelangten am Dienstag vormittag zur Kenntnis der Feuerwehr. Von dieser wurde mittels zweier Wasserstrahlpumpen das eingedrungene Wasser wieder entfernt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Ferien-Strafkammer.)
Sitzung vom 18. August 1902.

Bestrafte Unterlassung. Der Zimmermeister und Holzhändler August Wischeropp zu Buckau beschäftigte auf seiner Strecke seit dem 24. März d. J. einen noch nicht 14 Jahre alten Zimmerlehrling täglich länger als sechs Stunden, unterließ auch die Eintragung in das vorgeschriebene Verzeichnis. Das Schöffengericht nahm nur Handwerksbetrieb an und sprach den Beschuldigten von der Anklage des Vergehens gegen § 135 sowie der Uebertretung des § 138 der Gewerbe-Ordnung frei. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und erkannte auf 25 Mark Geldstrafe. —

Freigesprochen. Der Schlosser Hermann Pröhl aus Leipzig, geboren 1878, soll in der Nacht zum 8. Juli d. J. in Schönebeck aus dem Hause Wilhelmstraße 39 mittels Einsteigens und Einbruchs ein dem Schlosser Ernst Bischoff gehöriges Fahrrad gestohlen haben. Er bestreitet die That und wird auch durch das Beweisergebnis nicht überführt, weshalb Freisprechung erfolgte. Die Kosten wurden einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt. —

Freigesprochen. Der Müllergeselle Emil Spannemann zu Uetz, geboren 1880, hatte in der Zeit vom August 1901 bis Mitte Mai d. J. Stellung bei einem Müllermeister zu Kehnert und war verpflichtet, nach Feierabend die Mühle zu schließen. Da wiederholt Veruntreuungen vorkamen, revidierte der Meister am 14. Mai abends und fand die Mühle unverschlossen. Auf dem Fahrstuhl an ihrem Eingange standen ein Centner Weizen und ½ Centner Weizenmehl. Es lag daher der Verdacht nahe, daß Spannemann die Mühle absichtlich nicht verschlossen und die Vorräte auf den Fahrstuhl gelegt hatte, um sie später selbst abzuholen, oder von einem anderen abholen zu lassen. Das Schöffengericht zu Wolmirstedt verurteilte den Angeklagten am 7. Juli wegen versuchten Diebstahls zu 14 Tagen Gefängnis. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten wegen mangelnden Beweises frei. —

Kleine Chronik.

Graf Pückler amüsiert sich.

Die „historischen" Umritte des Grafen Pückler nach „alter Ritter Art" haben jetzt, nachdem der Besitzer von Klein-Tschirne kürzlich von Berlin wieder in seine „Grafschaft" zurückgekehrt ist, von neuem begonnen. Dieser Tage erschien Graf Pückler, umgeben von seinen Getreuen, unerwartet und unangemeldet in der Klein-Tschirne benachbarten Ortschaft Schönau. Den Zug eröffnete ein Musikcorps. Ohne Pauken, aber mit Trompetengeschmetter hielt der Graf seinen Einzug, indem er mit seinen Begleitern im Galopp die Dorfstraße Schönaus entlang sprengte.

Auf dem sogenannten Ringe wurde „das Ganze halt!" geblasen, worauf das aus Vasallen des Grafen bestehende Musikcorps zwei muntere Weisen intonierte. Den biederen Dorfbewohnern machten, wie von dort gemeldet wird, die Vorträge der gräflichen Kapelle viel Spaß und erzeugten guten Humor, woraus man entnehmen konnte, daß die Kapelle den Berufsmusikern eine Konkurrenz zu bieten nicht imstande sein dürfte.

Diese Vergnügungen des „Führers nationaler Parteien" sind noch harmloser, wie seine nach unserer Ansicht gleichfalls höchst ungefährlichen Reden. Der Mummenschanz des Grafen Pückler ist übrigens im Zeitalter des Kinematographen keineswegs auffallend, sondern entspricht den Eigentümlichkeiten, welche im Zeitalter solcher reisenden Redner, wie Graf Pückler einer ist, immer mehr Brauch werden.

Schwerer Schiffsunfall im Hafen von Kapstadt.

Als die britische Bark „Highfields" aus Cardiff nachts bei starkem Sturm in den Hafen von Kapstadt einlief, stieß sie mit dem dort vor Anker liegenden Hamburger Dampfer „Kaiser" zusammen. Die Bark sank sofort; von ihrer Bemannung sind 23 Personen ertrunken, 4 Personen wurden gerettet. — Aus Hamburg wird berichtet, daß die Eignerin des „Kaiser", die Ostafrika-Linie, mitteilt, ihr Schiff sei bei dem Zusammenstoß leicht beschädigt worden. —

Kleine Tageschronik. Die neuen Dampffähren für die Route Gjedser-Warnemünde, die zwischen Deutschland und Skandinavien eine schnelle und bequeme Verbindung herstellen sollen, nähern sich ihrer Vollendung. — Einer Irrenanstalt überwiesen wurde in Leipzig der 20jährige Wilhelm Grabich, der das achtjährige Schulmädchen Klein vor 14 Tagen ermordet und die verstümmelte Leiche in eine Kiste gezwängt hatte. — Als der Paris-Wiener Schnellzug den Karlsruher Hauptbahnhof verließ, fuhr ihm eine Rangier-Maschine in die Seite. Der direkte Wagen Avricourt-München wurde vollständig aus dem Gleise gehoben, ein Personenwagen wurde zertrümmert. Ein Schaffner ist schwer verletzt. — Auf der Steinitz-Grube bei Beuthen entstand Feuer auf 420 Meter Sohle, so daß anfangs zahlreiche eingefahrene Bergleute gefährdet waren. Es gelang indessen, sämtliche Personen, die sich unter Tage befanden, zu retten. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 19. August. Aus Osnabrück meldet die „Frankf. Ztg.: Eine Typhus-Epidemie, die einen ernsten Charakter annimmt, ist in einer großen Anzahl Ortschaften in der Gegend von Lemförde ausgebrochen. —

Dresden, 19. August. Kriegsminister von der Planitz ist heute morgen ¾4 Uhr in Hosterwitz nach längerem Leiden sanft entschlafen. —

Rom, 19. August. Offiziös wird versichert, daß während der Anwesenheit des Königs von Italien in Berlin in handelspolitischer Beziehung wichtige Abmachungen getroffen werden sollen. —

Rom, 19. August. König Victor unterzeichnete ein Dekret, durch welches von jetzt an verboten wird, den Zuchthäuslern Eisen anzulegen. —

London, 19. August. Sämtliche Blätter veröffentlichen lange Berichte über den Widerstand in der Bretagne. Die Presse, auch die liberale, tadelt die von der Regierung eingeschlagene Politik, welche sie mit der bisher von der englischen Regierung in der Unterrichtsfrage eingeschlagenen vergleicht. —

Nantes, 19. August. Der Oberstlieutenant von St. Reury trifft morgen hier ein und wird sofort ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Der Prozeß gegen ihn findet am 8. September statt. —

London, 19. August. Das Unterseeboot Nr. 4 machte gestern längs der irländischen Küste Lehrversuche, welche völlig gelangen. Es fuhr volle sechs Meilen unter Wasser und tauchte mit großer Schnelligkeit. Weitere vier Unterseeboote werden demnächst fertiggestellt. —

Pampelona, 19. August. Man dementiert hier energisch das Gerücht, wonach ein Attentat gegen König Alfonso ausgeführt worden sein soll. —

Frankfurt a. M., 19. August. Aus Leipzig wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Der **Mörder der Frau Dietze,** Schuhmacher Töpfer, ist gestern kurz nach seiner Einlieferung ins Hospital gestorben. Der Grund zur Mordthat war verschmähte Liebe. —

Prag, 19. August. Der Anarchist Pacas wurde **nach 19jähriger Haft** aus der Strafanstalt Pankraz entlassen. Pacas hat in seinen Schriften die Propaganda der That gepredigt. —

Paris, 19. August. (Eig. Drahtb.) In St. Meau wurden gestern zwei Gendarmen, zwei Soldaten und ein Kommissar verwundet. Einem Bauern wurde die Nase eingeschlagen. Fünf Männer und drei Frauen wurden verhaftet, aber nur zwei Verhaftungen wurden aufrecht erhalten. —

Beuthen, Oberschlesien, 19. August. (Eig. Drahtb.) Der Brand auf der „Heinitzgrube" ist bereits gelöscht. —

Sprottau, 19. August. (Eig. Drahtb.) Ueber Sprottau und Umgegend gingen am Montag schwere Gewitter nieder. Ein Blitzstrahl traf die städtische Försterei zu Oberleschen und richtete große Verwüstungen an. Die Frau des Försters wurde zu Boden geworfen und blieb unter Lähmungserscheinungen liegen. —

Wolf Seelenfreund

Die Eröffnung

meines

neuen Geschäftshauses Breiteweg Nr. 61

erfolgt in Kürze

In meinem alten Geschäft 66 Breiteweg 66

dauert der Ausverkauf nur noch einige Tage

Die Preise sind wieder erheblich reduziert

Benützen Sie die besten Waschmittel:

NAPHTAMON

und

aromatische

Renntierseife

Die Perle aller Waschpulver
Die reinste Kernseife

396

Erhältlich in den meisten Drogen- und Kolonialgeschäften

Naphtamon per Paket 15 Pf.
Renntierseife per 1 Pfd. 30 Pf.

Konkurswaren-Ausverkauf.

Die aus der Konkursmasse der Firma

H. Heim

herrührenden Warenbestände, bestehend in fertigen **Herren- und Knaben-Garderoben,** sowie ein **großer Posten Stoffe** sollen in kurzer Zeit zu **staunend billigen,** streng festen Preisen im Geschäftslokal, **Breiteweg 182,** ausverkauft werden. 354

Verkaufszeit von morgens 8—1 Uhr, nachmittags ½3—8 Uhr. Auch **Sonntags** geöffnet.

Für Bibliotheken!

Liebesleben

in der Natur

à Band 5 Mk. I. u. II. Folge à Band 5 Mk.

Von Wilhelm Bölsche

Dieses prächtige Werk des weithin bekannten Freidenkers sollte in keiner besseren Bibliothek fehlen

Buchhandlung Volksstimme.

Ausgekämmtes Haar

helle und dunkle Farben, kauft zum höchsten Preise

Emil Bittkau, Friseurgeschäft
Burg, Schartauerstr. 57. 383

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg

unentgeltlich

Männliche Abteilung: Rathauskolonnaden an der Johannisbergstraße
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

J. Brilles, Neustadt, Lübeckerstr. 118

Grösstes Special-Geschäft für Haus- u. Küchen-Geräte.

397

Unerreicht billige Preise! — Größte Auswahl!

Vor anderweitigem Einkauf bitte meine Schaufenster zu besichtigen!

Kaffee

frisch gebrannt, gut im Geschmack, empfiehlt als besonders preiswert das Pfund von

70

Pfennig an bis zu 2 Mark. **Tassen, Milchtöpfe und ganze Kaffee-Service gratis!** 310

Paul Bähr,
Kaffee-Special-Geschäft,
Magdeburg,
Himmelreichsstraße 1.

Auktionshaus

Gr. Marktstr. 16

Gegenstände aller Art werden zur **öffentlichen Versteigerung** angenommen 205

B. Wolff, Auktionator
Gr. Marktstraße 16.

Gr. Marktstraße 16

Verkauf v. Schuhwaren

aller Art für Herren, Damen, Mädchen und Kinder, sowie fertige Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben zu spottbilligen Preisen.

Geöffnet bis abends 9 Uhr.

B. Wolff, Gr. Marktstr. 16

---

2 Braut-Betten

dauernw. u. neu à 38 Mk. sof. z. verk **Rosenstein,** Gr. Junkerstr. 12, II.

---

1 Bettstelle
1 Matratze m. Keil
1 Kleiderschrank
1 Tisch 3506
2 Stühle

Anzahl. 10 Mk.

Abzahlung

wöchentl. 1 Mk.

S. Osswald

Magdeburg 229
Alte Ulrichsstraße 14 I.

Vorzügl. Tinte empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.

Mittwoch: Wirsingkohl mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.
Freitag: Schellfisch mit Mostrichsauce und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims Neueweg 1/2.

Mittwoch: Grünkernsuppe, gefüllter Kohlkopf mit dicker Buttersauce und Salzkartoffeln oder Brühsuppe mit Rindfleisch, schlesisches Himmelreich mit frischen Birnen.
Donnerstag: Brühsuppe mit Nudeln od. Brotweinsuppe, Schmorbraten, Blumenkohl und Salzkartoffeln.
Freitag: Mockturtlesuppe, Fischkotelettes mit Remouladensauce und Salzkartoffeln oder Kirschsuppe, Fleischpudding mit Champignonsauce.
Sonnabend: Bohnensuppe, Rindfleisch mit Schinkensauce oder Brühsuppe, Lungenhachee und Salzkartoffeln.

Viktoria-Theater.

Mittwoch, den 20. August 1902.
Benefiz für Frl. Cläre Habel.

Hofgunst.

Lustspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotha.

Schönebeck.

Partei-Versammlung

Donnerstag, den 21. August abends 8 Uhr **in der Reichshalle.**

Tages-Ordnung:
1. Die Kreiskonferenz in Quedlinburg und Wahl der Delegierten zu derselben.
2. Verschiedenes. 390

Der Vertrauensmann.

Danksagung.

Für die überaus herzliche Teilnahme und herrlichen Kranzspenden beim Tode meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Bruders, Schwagers und Onkels, des Restaurateurs 104

Otto Voigt

sagen wir hiermit unseren tiefgefühltesten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Minna Voigt.

Cirkus-Variété.

Direktion F. Schmidt.

Von heute ab täglich:

Große humoristische Variété-Vorstellung

des bestrenommierten

Tutti-Frutti-Ensembles.

Vorzügliche Kräfte

darunter **der urkomische**

kl. Alex als **Kneipenmann!**

Die schneidige Soubrette

Dora Fuhrmann

als radrollige Bäuerin 2c.
und
andere erste Kräfte.

Großartiges

Familien-Programm.

Vorzugskarten in den meisten Geschäften.

Buchhandlung Volksstimme

Wir empfehlen:

Der Glaube an die Menschheit

Naturwissenschaftlich, psychologisch und geschichtlich begründet
von Rudolf Peters, Dr. phil.
Preis gebunden Mk. 2.50.

Der sozialistischen Wissenschaft wird in dem Buche ein Versuch vorgelegt, die Richtung zu bezeichnen, in welcher die unabweisliche endgültige Auseinandersetzung des Sozialismus mit der Hegelschen Philosophie zu geschehen hat.

Was soll ich

von der

Obst-, Wein- und Beerenkultur,
Fruchtverwertung in der Küche,
Obst- und Beerenweinkelterei,
Bereitung der Fruchtsäfte,
sowie
Obst- und Weinessigfabrikation wissen?

Winke aus der Praxis für die Praxis
von J. G. Obst.
Preis nur 1 Mark.
Buchhandlung Volksstimme.

Ein größer. Zimmer

parterre oder 1. Etage zum Zwecke eines **Gewerkschafts-Bureaus** wird Mitte der Stadt zum 1. Oktbr. **zu mieten gesucht.** Offerten an die Expedition dieses Blattes. 381

Suche ein **junges Mädchen.** Lohn 90 Mark. 105
Carl König, Westerhüsen

Walhalla.

Wegen Renovierung von heute ab gänzlich **geschlossen.**

Wieder-Eröffnung

des vollen Betriebes am

Sonnabend, d. 30. August.